

**18. ordentlicher Verbandstag  
28. und 29. Oktober 2006**



## **Leistung – Anspruch – Gerechtigkeit in Arbeitswelt und Sozialsystemen**

Der 18. ordentliche Verbandstag am 28./29.10.2007 in Saarlouis fand in einer spannungsgeladenen Zeit statt, in der sich eine große Koalition aus Unionsparteien und SPD die Lösung grundlegender gesellschaftspolitischer Probleme vorgenommen hat.

**D**ie Verschuldung des Staates schreit unaufhörlich voran, die Milliarden verschlingende Hartz-IV-Reform birgt gewaltige Haushaltsrisiken, ohne dass sie wesentlich zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Die Finanzreserven der Rentenversicherung sind durch die jahrelange Untätigkeit der Bundesregierung aufgebraucht, selbst die vorgezogene Fälligkeit eines Monatsbeitrags schafft nur vorübergehend Luft. Allen Zielen der Bundesregierung entgegen wird die in Eckpunkten festgeschriebene Gesundheitsreform nicht zu Beitragssenkungen und mittelfristiger Stabilität führen, sondern startet mit einer erheblichen Beitragserhöhung. Die beabsichtigte 3%ige Erhöhung der Mehrwert- und der Versicherungssteuer schmälern die Kaufkraft der Arbeitnehmer und gefährden damit die Konsumneigung, die Versicherungssteuer belastet die persönliche Altersvorsorge und wird sicher nicht zu deren Verbreitung beitragen.

Neoliberales Denken in der Wissenschaft und den Konzernetagen vergisst, dass Wirtschaften den Menschen zu dienen hat. Unternehmen mit Milliardengewinnen entlassen Tausende von Mitarbeitern und sägen damit den eigenen Ast ab; warum klagt man über hohe Lohnnebenkosten, wenn man selbst einer der Hauptverursacher ist?

Die Märkte wurden global erweitert, meist nicht zur Freude der Entwicklungsländer, und auch nicht zur Freude der Industrienationen, die über den billigen Wettbewerb aus eben den Nationen klagen, deren Märkte man eben erst erschlossen hat. Global noch bedenklicher ist, dass sich die Finanzmärkte weit von den Warenmärkten entfernt und verselbstständigt haben. Viele Milliarden kreisen um den Globus, ohne dass eine Wirtschaftsleistung dahinter steht. Dieses Spekulationskapital wirft hohe Renditen ab und zwingt die Führungsetagen der Konzerne, ähnlich hohe Renditen zu erwirtschaften, was mit allgemeinem wirtschaftlichen Handeln nicht möglich ist. Unwirtschaftliche Massenentlassungen und Fusionen sind die Folge.

**V**or diesem nationalen und globalen wirtschaftlichen Hintergrund hat sich der DHV-Verbandstag mit den daraus resultierenden Folgen befasst und dazu einstimmig eine Entschließung gefasst, die wir auf Seite 12 und 13 abgedruckt haben. Sie fordert den Abbau der staatlichen Verschuldung, um die Voraussetzungen für zukunftsgerichtetes Handeln zu schaffen. Eine zentrale Forderung ist der Rückzug des Staates aus der Gestaltung und Finanzierung der Sozialsysteme: so lange der Staat das hauptsächliche Sagen hat, werden diese weder nachhaltig noch effizient wirtschaften können. Abgelehnt werden darin auch die Bestrebungen der Bundesregierung, über verschiedene rechtliche Umwege die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie sowie die Mitbestimmung in Frage zu stellen.

Anträge befassten sich auch mit den bevorstehenden Reformvorhaben der Bundesregierung zu den gesetzlichen Sozialversicherungen. So werden Zwangsfusionen der gewerblichen Berufsgenossenschaften entschieden abgelehnt; eine grundlegende Reform sei angesichts des hohen Leistungsniveaus der betrieblichen Unfallversicherung und der stabilen Finanzlage nicht erforderlich; organisatorische und effizienzfördernde Maßnahmen solle man der Selbstverwaltung der BGs überlassen. Die vorliegenden Eckpunkte der Gesundheitsreform werden abgelehnt, insbesondere sollen die Erstattungen der Bundesregierung an die Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen erhalten bleiben, ebenso wie die paritätischen Beitragsleistungen zur Krankenversicherung.

Initiativanträge kritisierten u. a. die Entlassungsankündigungen der privaten Versicherungswirtschaft, die trotz milliardenschwerer Gewinne Personal abbauen wollen. Die Bundesländer, die nach der Förderalismusreform die Gesetzgebungskompetenz für den Ladenschluss haben, streben meist eine sehr weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten an, was in einem weiteren Initiativantrag scharf kritisiert wird.

**D**ie Entscheidungen des Verbandstages werden vom DHV, auch über den CGB und dessen Landesverbände, in die politische Diskussion bei Parlamenten und Regierungen sowie bei den Interessenverbänden eingebracht.

## DHV protestiert:

# Wüstenrot verstößt gegen das BetrVG

Die Unternehmensführung der BauSparkasse Wüstenrot will innerhalb der nächsten zwei Jahre 800 bis 1000 Arbeitsplätze abbauen. Alle 19 bundesweiten Filialen sollen geschlossen werden. Der Außendienst soll künftig von freiberuflichen Mitarbeitern übernommen werden. Aber auch in der Zentrale in Ludwigsburg sollen Bereiche zusammengelegt und damit Arbeitsplätze eingespart werden. Gegen diese, von

der Geschäftsleitung genannten, „Sanierungspläne“ regt sich nun innerhalb der Belegschaft massiver Widerstand. So hat der Betriebsrat gemeinsam mit den im Betrieb vertretenden Gewerkschaften verdi und DHV zu einem gemeinsamen Aktionstag am 10. Oktober aufgerufen und einen

Protestmarsch von der Wüstenrot-Zentrale zum Rathausplatz organisiert.

DHV-Landesvorsitzender Hans Hebeisen forderte bei der Kundgebung die Geschäftsleitung auf, die Pläne zu überdenken und jegliche Veränderungen mit dem Betriebsrat abzustimmen und, falls wirklich notwendig, sozialverträglich umzusetzen. Die Geschäftsleitung negiert aber



– offensichtlich mit Absicht – die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates und setzt ohne dessen Beteiligung bereits Betriebsänderungen um. Dieses Arbeitgeberverhalten ist absolut befremdlich, so Hebeisen. Der DHV wird gemeinsam mit dem Betriebsrat weitere Aktionen zur Erhaltung der Arbeitsplätze durchführen.

Hans Hebeisen ■



## Tarifabschlüsse

### Branchen-/Flächentarifverträge:

**Baustoff-Fach- und Großhandel Baden-Württemberg**  
Gehaltstarifvertrag und Tarifvertrag über Auszubildendenvergütungen

**Dienstleistungsunternehmen Tarifvertrag "BOLERO"**  
Entgelttarifvertrag einschl. Auszubildendenvergütungen

**DRK-Landesverband Thüringen (Regionaltarifvertrag)**  
Entgelttarifvertrag mit Entgelttabellen einschließlich Auszubildenden- u. Praktikantenvergütungen

**Einzelhandel Nordsee Land Bremen (Regionaltarifvertrag)**  
Gehalts- u. Lohntarifvertrag einschl. Auszubildendenvergütungen, Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung, Tarifvertrag zur Einführung erfolgsabhängiger tariflicher Zahlungen

**Einzelhandel Niedersachsen**  
Entgelttarifvertrag mit tariflicher Einmalzahlung, Tarifvertrag über erfolgsabhängige tarifliche Zahlungen, Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung

**Kraftfahrzeuggewerbe (Handel und Handwerk) Baden-Württemberg**  
Gehaltstarifvertrag, Vereinbarungen über die Regelung der Ausbildungsvergütung und über die Übernahme der Auszubildenden

**Modellbauer-Handwerk Rheinland-Pfalz**  
Manteltarifvertrag, Gehalts- und Lohntarifvertrag einschl. Auszubildendenvergütung, Tarifvertrag vermögenswirksame Leistungen und Altersvorsorge, Tarifvertrag über Entgeltumwandlung, Tarifvertrag über Jahressonderzahlung, Tarifvertrag zur Standortsicherung Jahresurlaubsanspruch für langjährig Beschäftigte

**Techniker Krankenkasse**  
Änderungstarifvertrag Nr. 02/06 zum TKT, Tarifvertrag zur Leistungsprämie 2006

**Textilindustrie Baden-Württemberg**  
Gehaltstarifvertrag, Tarifvertrag für Auszubildende

### Haus-/ Firmentarifverträge:

**Ausbildungsverbund (ABV) der Wirtschaftsregion Braunschweig**  
Tarifvertrag über Auszubildendenvergütungen

Fortsetzung auf Seite 3

## Aus dem Inhalt:

2-3	<b>Gewerkschaftsarbeit</b> Privates Versicherungsgewerbe: DHV gegen massiven Beschäftigungsabbau
4	<b>Steuern</b> Preistreiber Staat
5	<b>Ladenschluss</b> Liberalisierung schafft keine Arbeitsplätze
7-9	<b>Gesundheitspolitik</b> Gesundheitsreform – so nicht!
10-14	<b>Verbandstag</b> DHV – Die Berufsgewerkschaft Neuer Hauptvorstand im Amt
16-17	<b>Bildung</b> Neue Ausbildungsberufe
18-19	<b>Arbeitsrecht</b> Braucht Deutschland ein Arbeitsvertragsgesetz?
20	<b>Internationales</b> Weltfusion der Gewerkschaften bleibt ein sozialistischer Traum
23	<b>Kaufmannsjugend</b>

Fortsetzung von Seite 2

## **BDK – Betriebsgesellschaft Duisburger Krankenhäuser mbH und KKD – Klinik-Dienste GmbH**

Manteltarifvertrag, Urlaubsabkommen, TV über Jahressonderzahlungen, Arbeitszeitabkommen, Entgelttarifvertrag

## **DRK-Kreisverband Östliche Altmark, Stendal**

Entgelttarifvertrag

## **Landgard Obst & Gemüse GmbH & Co. KG**

Manteltarifvertrag, Tarifvertrag über Sonderzahlungen, Urlaubsgeldabkommen, Tarifvertrag über Altersvorsorge

## **Monert-Transportdienstleistungen u. Fahrervermittlung, Medingen**

Manteltarifvertrag, Entgeltrahmen- und Entgelttarifvertrag

## **Simeonbetriebe GmbH, Minden**

Manteltarifvertrag, Entgeltrahmen- und Entgelttarifvertrag

## **VVB Verpackungs-GmbH, Uffenheim**

Rahmentarifvertrag mit Lohn- und Gehaltsbestimmungen

## **Tarifgemeinschaft Christliche Gewerkschaften Trockenbau und andere Ausbaugewerke**

Kötter Personaldienste, Essen  
Manteltarifvertrag, Rahmen-  
Entgelttarifvertrag, Entgelttarifverträge  
West und Ost

*Der Umfang und der organisatorische Ablauf unserer Tarifarbeit führen dazu, dass die abgeschlossenen Tarifverträge nur mit einer zeitlichen Verzögerung und auch nicht immer vollständig veröffentlicht werden können. Dafür bitten wir um Verständnis. DHV-Mitglieder können die Tarifverträge bei ihrer zuständigen DHV-Landesgeschäftsstelle, bzw. bei unserer Hauptgeschäftsstelle in Hamburg anfordern.*

*Alle Mitglieder, die ihren Arbeitgeber gewechselt haben, bitten wir, uns dies unverzüglich mitzuteilen. Nur dann sind wir in der Lage, ihnen die richtigen Tarifverträge bzw. Tarifinformationen zuzustellen.*

## **Privates Versicherungsgewerbe: DHV gegen massiven Beschäftigungsabbau**

Der 18. ordentliche Verbandstag hat einstimmig eine Resolution gegen den Stellenabbau in der privaten Versicherungswirtschaft beschlossen:

*Mit größter Sorge beobachtet der DHV die immer weiter zunehmende Geschwindigkeit des Stellenabbaus in der deutschen privaten Versicherungswirtschaft. Trotz hervorragender Ergebnisse und anhaltend gutem Neugeschäft, hören wir von den Konzernlenkern beinahe täglich neue Horrormeldungen. Tausende von Arbeitsplätzen sollen in den kommenden Jahren dem Rotstift zum Opfer fallen; und das, obwohl laut Statistik des Arbeitgeberverbandes, bereits in den letzten beiden Berichts Jahren 15.000 Stellen gestrichen worden sind. Wo soll das hinführen?*

- *Massenarbeitslosigkeit in einer Branche, die nach allen anderen Seiten glänzt?*
- *Eine Branche, die durch die Innovation, den Einsatzwillen und den Fleiß seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Spitzenposition in der Welt errungen hat.*
- *Eine Branche, die ihre Ergebnisprognosen laufend nach oben anpasst und Milliarden Gewinne verkündet.*
- *Eine Branche, für die eine Kapitalverzinsung von 15% als noch zu niedrig eingeschätzt wird und deren Vorstände sich ihre Millionenbezüge noch jährlich um zweistellige Prozentsätze erhöhen.*
- *Eine Branche, die mit staatlichen Mitteln immer wieder eine Förderung ihrer Produkte erfährt und zusätzlich von der beispiellosen Senkung der Unternehmenssteuern profitiert.*

*Zum Dank dafür stellt sie nun die angeblich nicht mehr benötigten Arbeitskräfte der Allgemeinheit zum weiteren Unterhalt hin. Nicht etwa, wie in Vorstandskreisen üblich, mit dem so genannten „goldenen Handschlag“ sondern mit Ausgleichszahlungen nach dem Rationalisierungsschutzabkommen, die zum Sterben zuviel, zum Leben aber zu wenig sind und voll der Einkommensteuer unterliegen.*

*Der DHV fordert die Arbeitgeber der privaten Versicherungswirtschaft auf, sich auf ihre volkswirtschaftliche und sozialpolitische Verantwortung zu besinnen und den „zur Mode“ gewordenen Stellenabbau zu beenden. Es wird gerade für diese Branche zum Bumerang werden, wenn in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen weiterhin wächst.*

*Der DHV hat bis jetzt Protestmaßnahmen vermieden. Sollte jedoch in absehbarer Zeit kein Umdenken in den Reihen der Geschäftsleitungen von Allianz, ERGO, Talanx, AXA, Generali usw. stattfinden, werden wir Arbeitskampfmaßnahmen der Angestellten im privaten Versicherungsgewerbe ins Auge fassen.*

Diese Resolution des 18. ordentlichen Verbandstages hat die Bundesfachgruppe Privates Versicherungsgewerbe zum Anlass genommen, sich an die Bundeskanzlerin Angela Merkel, den Bundesarbeitsminister Franz Müntefering sowie an die Ministerpräsidenten der vom Stellenabbau besonders betroffenen Bundesländer, Edmund Stoiber, Jürgen Rüttgers und Christian Wulff zu wenden. Auch an den Arbeitgeberverband des privaten Versicherungsgewerbes und an die Betriebsräte der Versicherungsunternehmen ist die Bundesfachgruppe mit ihrem Anliegen herangetreten.

Es bleibt zu hoffen, dass die Politik und der Arbeitgeberverband den Beschäftigten des privaten Versicherungsgewerbes Unterstützung zukommen lassen. An die Betriebsräte der Unternehmen hat der DHV appelliert, gewerkschaftliche Gräben zu überwinden und gemeinsam mit dem DHV und den anderen Gewerkschaften um den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen.

rö ■

## Staatsschuld über 1.500.000.000.000 Euro

Der deutsche Staat – Bund, Länder und Kommunen – ist seit Mai 2006 mit mehr als 1,5 Billionen Euro verschuldet. Damit lastet auf jedem der 82,4 Millionen Einwohner Deutschlands die Last von gut 18.200 Euro öffentlicher Schulden und die entsprechende Zinslast. Wie der Bundesrechnungshof berechnete, hat sich die Schuldenlast aller öffentlichen Haushalte von 1980 bis 2004 fast sechsfacht. Die öffentlichen Haushalte sind damit einem wachsenden Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Schon ein um ein Prozentpunkt steigender Kapitalmarktzins würde die öffentlichen Haushalte mit 15 Milliarden Euro belasten. Jeden sechsten Euro, den der Staat durch Steuern einnimmt, muss er schon heute für Schuldzinsen ausgeben, der Bund sogar jeden fünften. Dieses Geld fehlt an anderen Stellen für wichtige Aufgaben des Staates. Doch die Staatsschuld wächst nicht nur in absoluter Größe, sondern auch bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt liegt die Quote nunmehr bei 70 Prozent.

Eine Trendwende ist unabdingbar, wobei das Ziel einer Haushaltskonsolidierung über Mehreinnahmen nicht erreichbar ist. Wenn die öffentlichen Hände nach neuesten Schätzungen in 2006 und 2007 zusammen 40 Milliarden mehr an Steuern einnehmen, ist das vor dem Hintergrund von 1,5 Billionen nicht mal der Tropfen auf den

heißen Stein. Daran ändert auch die größte Steuererhöhung der Bundesrepublik, die der Mehrwertsteuer mit 3 % zum 1.1.2007, nicht viel, denn auch von ihr können „nur“ ca. 20 Milliarden erwartet werden.

Da bleibt nur die Kürzung der staatlichen Ausgaben. Ob Abbau von Subventionen, Personalkosten zu Lasten der Beschäftigten, oder Abbau von Bürokratie: alles ist gesamtwirtschaftlich zwar sinnvoll, löst das Verschuldungsproblem aber nicht.

Geboten ist eine Rückführung der staatlichen Aufgaben und Zuständigkeiten.

Über Jahrzehnte hinweg hat die Politik dem Staat immer neue Aufgaben zugewiesen und damit finanzielle Belastungen. Das hat nicht nur eine große Abhängigkeit der Bürger vom Staat geschaffen, sondern im Gegenzug auch eine hohe Erwartungshaltung der Betroffenen an den Staat. Würden die Aufgaben reduziert, könnten auch die Ausgaben sinken und die Verschuldung zurückgeführt werden.

Weniger Staat – weniger Ausgaben – weniger Schulden – weniger Zinsen. Die Konsolidierung des Haushaltes lohnt sich auch für die Politik, weil es nur dadurch zu den Freiräumen kommt, die der Staat zur Bewältigung der Zukunft braucht.

Jörg Hebsacker ■

## Gewinner und Verlierer der Mehrwertsteuererhöhung

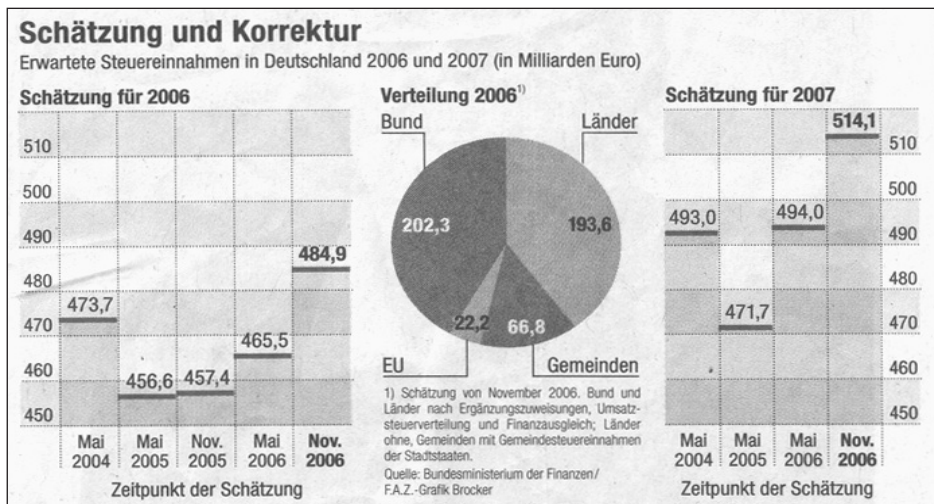
Die für 2007 beschlossene Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent wird vom deutschen Handwerk sehr negativ beurteilt. Die Betriebe bemängeln den steigenden Kostendruck, der dadurch entsteht, dass die Unternehmen die höhere Steuerlast nicht vollständig an die Kunden weitergeben können. Sie erwarten ausbleibende Aufträge, weil private Kunden sich zunehmend der Schwarzarbeit bedienen. Neben dem Finanzminister steht daher ein weiterer Gewinner der Steuererhöhung heute schon fest: die „Branche“ Schwarzarbeit. Zu den Verlierern hingegen gehören die Sozialsysteme und damit die Arbeitnehmer. ■

## Staatlicher Preisschub

Die Bundesbank rechnet mit erheblichen Preiserhöhungen infolge der geplanten Mehrwertsteuererhöhung. „Die geplante Anhebung des Regelsatzes für die Umsatzsteuer und die Versicherungssteuer um jeweils drei Prozentpunkte zum 1.1.2007 hätte bei vollständiger Überwälzung einen Teuerungseffekt in Deutschland von etwa 1,5 Prozentpunkten zur Folge“, heißt es bei der Bundesbank. Da das kaum zu erwarten sei, wird die Teuerungsrate wegen dieser Erhöhung wahrscheinlich 1 % (= zusätzliche Inflationsrate) betragen.

Neben der Bundesbank warnen Wirtschaftsverbände, Steuerzahlerbund und Wirtschaftswissenschaftler vor den Folgen der geplanten Steuererhöhungen. Die Erhöhung von Mehrwertsteuer und Versicherungssteuer um 3 Prozentpunkte sei die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik, kritisieren acht Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. Die Verbraucher werden mit etwa 20 Milliarden Euro belastet, die für andere Ausgaben nicht mehr zur Verfügung stehen und zu Lasten des erwünschten Konsums gehen.

Auch der Steuerzahlerbund warnt: Steuer- und Abgabenerhöhungen seien der falsche Weg, um die Staatsfinanzen zu sanieren. Mit der vorgeschlagenen massiven Steuererhöhung würde der Preisanstieg beschleunigt, die Konsumnachfrage gebremst, die Investitionstätigkeit der Unternehmen gehemmt und der Schwarzarbeit Vorschub geleistet. ■



## Eine neue Runde in der unendlichen Ladenschlussdiskussion

*Durch die Förderalismusreform ging die Gesetzgebungskompetenz für die Ladenöffnungszeiten auf die Bundesländer über, so dass das bundesweit geltende Ladenschlussgesetz seine Rechtswirkung verliert, wenn ein Bundesland ein eigenes Gesetz beschließt. In Verkennung wirtschaftlicher Gegebenheiten werden derzeit in den Landesparlamenten Gesetzentwürfe beraten, die weit über die bisherigen Öffnungszeiten hinausgehen. Sie glauben, dass durch längere Öffnungszeiten die Umsätze steigen und die Konjunktur angekurbelt wird – schon die erweiterten WM-Öffnungszeiten waren aber ein Flop!*

*Diese Entwicklung verschärft die wirtschaftlichen Probleme vieler Bereiche des Einzelhandels und wird vor allem im Mittelstand zu Arbeitsplatzverlusten führen und durch mehr Nacht- und Sonntagsarbeit die Einzelhandelsangestellten zusätzlich belasten.*

*Ohne Moos nichts los! Mangels Kaufkraft werden die erhofften Mehrumsätze nur an wenige Standorte kommen und zu Lasten des Mittelstandes gehen – ein volkswirtschaftlicher Nonsens, der von den meisten Bundesländern hier vollzogen wird. Dass es dabei nur um die Marktanteile der Großkonzerne geht, haben sie mit Ausnahme des Saarlandes und der CSU-Fraktion in Bayern offensichtlich noch nicht begriffen.*

## Bayern beim Ladenschluss Schlusslicht

So betitelte die TZ am 3.11.2006 einen Beitrag über das Vorhaben, in Bayern ein Gesetz zu erlassen, das – mit Ausnahme des Sonntags – die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten ermöglichen soll. Offensichtlich gibt es in der CSU-Mehrheitsfraktion dafür aber keine Mehrheit, obwohl sich Wirtschaftsminister Huber und Ministerpräsident Stoiber dafür einsetzen.

Bravo! Ein Lob für die weitsichtige CSU-Landtagsfraktion. Bei wirtschaftlichem Unsinn darf man durchaus Schlusslicht und darauf stolz sein! Die von den großen Handelskonzernen und Filialketten dominierten Verbände des Einzelhandels fordern vehement die völlige Freigabe an 6 Wochentagen rund um die Uhr, und an möglichst vielen Sonn- und Feiertagen ebenso, als würden dadurch die Einzelhandelsumsätze steigen. Dem wird die private Kundschaft mehrheitlich kaum entsprechen: Zum einen fehlt es ihr an Geld, und nach der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 erst recht. Zum zweiten ist nicht einsichtig, was nachts um 23 Uhr oder um vier Uhr in der Frühe gekauft werden soll – wird man wegen solcher Öffnungszeiten einen zweiten Kühlschrank oder einen zusätzlichen Tisch – oder was auch immer – kaufen?

Nur ein Teil des Einzelhandels wünscht die Liberalisierung der Öffnungszeiten, und zwar die großen kapitalstarken Ge-

sellschaften, die sich die exorbitanten Mieten in den 1-A-Lagen leisten können, im Gegensatz zum mittelständischen Einzelhandel, der zunehmend an die Peripherie gedrängt wird. Er wird Leitragender längerer Öffnungszeiten sein, weil sich eine Umsatzverlagerung in die Stadtzentren oder die Märkte auf der grünen Wiese ergibt. Beim Mittelstand werden Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze verloren gehen, und das nur für die Gewinnmaximierung der großen Konzerne, die ihren Marktanteil vergrößern wollen.

METRO-Chef Hans-Joachim Körber (u. a. Kaufhof, Real, Saturn, Media Markt) hat dazu in einem Zeitungsinterview ausgeführt, dass sein Konzern nicht bereit sei, am Abend die bisherigen Zuschläge zu bezahlen. Die längeren Öffnungszeiten am Abend seien dann wirtschaftlich nicht mehr zu vertreten.

Na also! Lasst es bei den bisherigen Öffnungszeiten, dann entstehen Euch keine Kosten, der Umsatz bleibt etwa derselbe, die mittelständischen Einzelhändler mit ihren Arbeits- und Ausbildungsplätzen bleiben erhalten. Der intensive Wettbewerb der Konzerne um Marktanteile zu Lasten der Mitarbeiter findet nicht statt. Damit ist dem Gemeinwohl gedient.

DHV – Hauptvorstand ■

## Wettbewerbswahn

Auch im hohen Norden wird über den Ladenschluss diskutiert. Schleswig-Holstein z. B. wird sein Gesetz zum 1.12.2006 in Kraft setzen und damit das Weihnachtsgeschäft „mitnehmen“. Man hofft dort wohl, dass nachts die Geldbeutel weiter offen sind als tagsüber. Diesem Trugschluss unterlag der Einzelhandel auch schon im Zusammenhang mit der Fußball-WM, die trotz der vielen ausländischen Touristen die Umsatzerwartungen bei weitem nicht erfüllt hat. Jetzt sind es die gleichen deutschen Verbraucher, die wegen längerer Öffnungszeiten mehr Geld für Geschenke ausgeben sollen!

Der Vorsprung Schleswig-Holsteins lässt den Hamburger Einzelhandel nicht ruhen. Man fürchtet im Weihnachtsgeschäft einen Umsatzeinbruch, so ist der Berichterstattung in den Hamburger Zeitungen zu entnehmen, weil die Verbraucher für ihre Weihnachtseinkäufe mangels nächtlicher Einkaufszeiten nach 20 Uhr von Hamburg nach Kiel oder nach Lübeck fahren könnten, um dort die Geschenke für die Lieben zu kaufen. Ein Verbraucher soll für seine Einkäufe nachts eine Strecke von 100 km fahren, weil er in Hamburg um 22 Uhr nicht einkaufen kann!?

Angesichts dieser dürftigen, wirtschaftlich schwachsinnigen Argumentation darf man wohl annehmen, dass es keine gewichtigeren Argumente für längere Öffnungszeiten gibt. **he ■**

### Der DHV-Verbandstag hat am 29. Oktober 2006 diesen Initiativantrag einstimmig beschlossen:

Der Verbandstag fordert den DHV-Hauptvorstand und die DHV-Landesverbände auf, mit Nachdruck, auch über den CGB und seine Landesverbände, auf die Regierungen und Gesetzgeber der Bundesländer einzuwirken, dass

- die Ladenöffnungszeiten nicht völlig frei gegeben werden
- die Sonntagsöffnung wie bisher nur in begründeten Ausnahmefällen erlaubt wird und
- nächtliche Öffnungszeiten auf 22 Uhr begrenzt werden.

Der DHV-Hauptvorstand wird beauftragt, die bisher in den Tarifverträgen enthaltenen Regelungen über Nacht- und Sonntagszuschläge entschieden zu verteidigen.

## Auszug aus der Einleitung zur „Neuregelung der deutschen Rechtsschreibung“ (Bundesanzeiger Nr. 206a)

### 1 Geltungsbereich der neuen Rechtschreibregelung

Das folgende amtliche Regelwerk, mit einem Regelteil und einem Wörterverzeichnis, regelt die Rechtschreibung innerhalb derjenigen Institutionen (Schule, Verwaltung), für die der Staat Regelungskompetenz hinsichtlich der Rechtschreibung hat. Darüber hinaus hat es zur Sicherung einer einheitlichen Rechtschreibung Vorbildcharakter für alle, die sich an einer allgemein gültigen Rechtschreibung orientieren möchten (das heißt Firmen, speziell Druckereien, Verlage, Redaktionen – aber auch Privatpersonen).

### 2 Grundlagen der deutschen Rechtschreibung

Die deutsche Rechtschreibung beruht auf einer Buchstabenschrift. Wie ein gesprochenes Wort aus Lauten besteht, so besteht ein geschriebenes Wort aus Buchstaben. Die [regelgeleitete] Zuordnung von Lauten und Buchstaben soll es ermöglichen, jedes geschriebene Wort zu lesen und jedes gehörte Wort zu schreiben. Die Schreibung der deutschen Sprache – worunter im Folgenden immer auch die Zeichensetzung mitverstanden wird – ist durch folgende grundlegende Beziehungen geprägt:  
die Beziehung zwischen Schreibung und Lautung  
die Beziehung zwischen Schreibung und Bedeutung.

Zum Glück muss der „Vorbildcharakter“ des regierungsamtlichen Bla-blas von Privatpersonen und Verlagen nicht akzeptiert werden. Unsere DAZ wird weiterhin ohne das unsägliche Regelwerk Buchstaben an Buchstaben reihen, damit Worte mit Bedeutung und daraus verständliche Inhalte bilden, deren Lautung jedem Zuhörer die Sachverhalte vermittelt. Was sinnvoll ist, z. B. Doppel „s“ und „ß“, übernehmen wir. Den Rest überlassen wir dem Sprachempfinden und der Zukunft: manches wird bleiben und in die Sprache eingehen, und anderes wird auf Dauer im Papierkorb verschwinden.

Die Schriftleitung ■

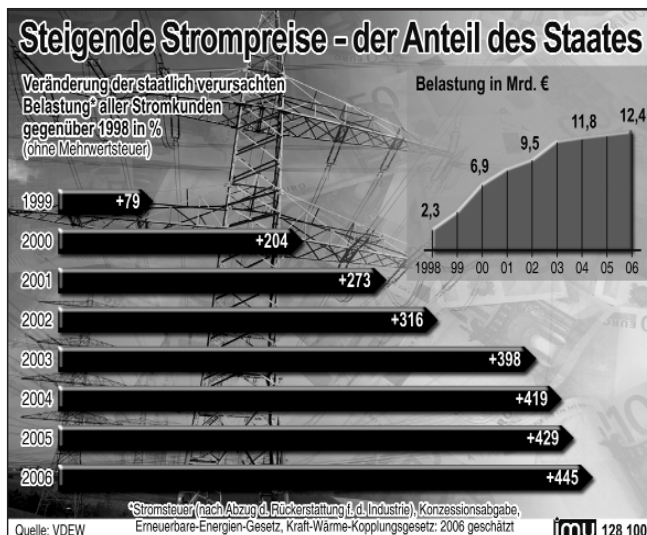
## Preistreiber Staat

Stromverbraucher zahlen über 15 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben

Die Stromkonzerne mit ihrem faktischen Preiskartell stehen aktuell in der Kritik, denn hohe Energiepreise belasten nicht nur die privaten Verbraucher, sondern gefährden auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. In Hamburg beispielsweise erwägt die Norddeutsche Affinerie, der größte Kupferproduzent Europas, den Abbau von 400 Arbeitsplätzen, weil eine Betriebsabteilung im Europawettbewerb nicht mehr bestehen kann.

Für die hohen Strompreise sind aber nicht nur die Konzerne verantwortlich – gleichrangiger Preistreiber ist der Staat: 2006 werden

Deutschlands Stromverbraucher insgesamt 12,4 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben auf ihre Stromrechnungen zahlen müssen. Nicht mitgezählt sind weitere 3,3 Milliarden Euro Mehrwertsteuer. Das sind immerhin drei Viertel der durch die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 zu erwartenden



Helmut Stein ■

## Papiertiger neue Rechtschreibung: Lachen oder Heulen

„Neuregelung der deutschen Rechtschreibung – Umsetzung für die Gesetzes- und Verwaltungssprache“: Man kann sich über die 285 Seiten umfassende Nr. 206 a des Bundesanzeigers vom 3.11.2006 als schamlose Verschwendung von Steuergeldern ärgern. Man kann auch kopfschüttelnd den Bestand der Ablage erhöhen. Man kann aber auch auflachend die Müllabfuhr bemühen. Nicht nur aus gesundheitlichen Gründen empfiehlt es sich, den dritten Vorschlag zu nutzen. Im Vorwort erfährt man von den Gesetzesmachern, dass „die Schreibung unserer Muttersprache durch die Beziehung zwischen Schreibung und Lautung und durch die Beziehung zwischen Schreibung und Bedeutung geprägt ist. Wie ein gesprochenes Wort aus Lauten besteht, so besteht ein geschriebenes Wort aus Buchstaben“. Man lernt doch nie aus!

Die Regeln beanspruchen 93, das Wörterverzeichnis 167 Druckseiten. Zugegeben: Die Gesetzes- und Verwaltungssprache war schon immer eine abgehobene, hölzerne Sprache. Warum eigentlich? Wie kann man Vorschriften erfüllen, deren Text man erst nach mehrfachem Studium verstehen kann? Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verdienen wahrlich unser uneingeschränktes Mitgefühl!! Aber solange wir Deutsche uns nur als rundum verwaltete Bürger verstehen, wird sich daran wohl auch nichts ändern.

Aber Jeder, der seine Muttersprache achtet, sollte heute seine Kräfte auch auf einer anderen Schmerzstelle einsetzen, auf dem die Deutschdämmerung, der Verfall unserer Sprache, immer weiter und schneller fortschreitet, dem „Denglisch“. Ist „okay“ cooler als „ja“? Achten wir einmal in den Texten der deutschen Fernsehwerbung auf die sprachliche Gestaltung – es ist grausam! Und reagieren wir mit Kaufverweigerung.

den Mehreinnahmen in Höhe von 20 Milliarden.

Seit 1998 ist nach Berechnungen des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft die staatliche Belastung der Stromrechnungen (ohne MWSt) um 445 Prozent (!) gestiegen. Das steht in krassem Widerspruch zu politischen Forderungen nach niedrigeren Strompreisen. Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an.

he ■

# Grundsätze einer Gesundheitsreform:

## Solidarität und Selbstverwaltung

Die heutige Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist entstanden aus Selbsthilfegruppen, in denen sich vor rd. 125 Jahren deren Mitglieder solidarisch gegen Krankheitskosten versichert haben. Die Höhe des Beitrages wurde von den Mitgliedern selbst festgelegt.

Das geschieht in den GKV-Kassen heute noch so durch ihre Selbstverwaltungen. Vielfach sind die Versicherten mit „ihrer Krankenkasse“ gefühlsmäßig stark verbunden. Der Grad dieser Verbundenheit ist ganz entscheidend für die Zufriedenheit und für eine

kostenbewusste Inanspruchnahme der Kassenleistungen. Das ist ein ganz entscheidender Faktor für einen bezahlbaren Beitragssatz.

Laut Gesetzesvorlage zur Gesundheitsreform soll nur noch ein einheitlicher Beitragssatz für alle gelten, der an einen bundesweiten Gesundheitsfonds gezahlt wird. Nach teuren Umwegen durch die Hände des Staates sollen die Beiträge dann wieder an die Kassen zurückfließen, zu Bedingungen, die der Bund jährlich neu festlegt.

Die Beziehung des Mitgliedes zu seiner Kasse wird dadurch anonymisiert. Er

empfindet den Gesundheitsfonds als Teil des Finanzamtes, also bemüht er sich möglichst viele Leistungen aus diesem „staatlichen Topf“ abzufordern. Die Kostensteigerung ist damit perfekt.

## Wettbewerb

Der Wettbewerb um die Mitglieder ist zwischen den Kassen seit vielen Jahren entbrannt, dafür braucht man kein neues Gesetz. Der Wettbewerb mit den Anbietern medizinischer Leistungen dagegen ist noch in den Anfängen. Alte Gesetze, geltende Rechtsprechung, laufende Verträge und viele Standesge-

## Gesundheitsreform: DHV-Postkartenaktion

DHV-Mitglieder unter den Beschäftigten der Ersatzkassen haben durch eine Postkartenaktion gegenüber der Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Unzufriedenheit über die Gesundheitsreform zum Ausdruck gebracht. Sie haben

ihr Unverständnis darüber kundgetan, dass ihr Arbeitsplatz für eine unausgelegene Reform aufs Spiel gesetzt wird. Postkarten können bei der DHV-Hauptgeschäftsstelle angefordert werden.

Bundeskanzlerin  
Frau Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Platz 1  
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Die Gesundheitsreform verfolge ich mit großer Sorge. Als Beschäftigter in der gesetzlichen Krankenversicherung bin ich ein unmittelbarer Betroffener. Mein Arbeitsplatz steht wegen einer unausgelegenen Reform auf dem Spiel. Deshalb bitte ich Sie: Die Eckpunkte dürfen nicht in Gesetzesform gegossen werden!  
Mit freundlichen Grüßen

### Darum lehne ich die Gesundheitsreform ab:

- ☞ Wehret den Anfängen: Kein staatliches Gesundheitswesen!  
Die Schaffung des Gesundheitsfonds bedeutet eine weitere Entmachtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Deutschland braucht aber nicht mehr, sondern weniger Staat!
- ☞ Keine Zerschlagung oder Zwangsfusion von Krankenkassen!  
Nicht die Politik, sondern die Fachleute in den Krankenkassen wissen am besten, wie viele Krankenkassen der Gesundheitsmarkt trägt!
- ☞ Keine neuen staatlichen Mammutbehörden!  
Der Beitragseinzug durch die Krankenkassen funktioniert reibungslos. Warum ist die Schaffung einer neuen Superbehörde „Gesundheitsfonds“ notwendig?
- ☞ Keine Reform zu Lasten der Versicherten!  
Die Gesundheitsreform ist längst zum Spielball von Lobbyisteninteressen geworden. Die Versicherten haben das Nachsehen.

Und für diese unausgelegene Reform wird mein Arbeitsplatz aufs Spiel gesetzt?

Mit freundlicher Unterstützung des

[www.dhv-cgb.de](http://www.dhv-cgb.de); [www.dhv-ersatzkassen.de](http://www.dhv-ersatzkassen.de)



wohnheiten verhindern alljährlich mögliche Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe. Es wäre sehr hilfreich, würden hier die Bremsklötze weggezogen. Der Gesetzentwurf ist in diesem Feld schwach; richtige Wettbewerbsansätze müssen weiter entwickelt werden. Lebendiger Wettbewerb und staatliche Planwirtschaft vertragen sich bisher offensichtlich noch nicht.

Dabei weht der Wind der Veränderungen längst auch durch den Gesundheitsmarkt. Es gibt bereits einen wachsenden Gesundheitstourismus sowie den Internethandel mit Medikamenten. Und auch die europäische Rechtsprechung reißt Verkrustungen des Marktes auf.

## Staatliche Planwirtschaft

Die Lebensgrundlage der Bundesregierung ist ihr Haushaltsplan. Dem ordnet sie alles unter, auch eine von ihr dominierte Gesundheitspolitik.

### Beispiel.

Der Bundeszuschuss für so genannte versicherungsfremde Leistungen, 2004 eingeführt, erreichte 2006 seinen vollen Umfang von 4,2 Milliarden Euro, wird auf 1,5 Mrd. in 2007 gekürzt und entfällt in 2008 komplett. Das ist typisch für Politik, die tagesaktuell andere Schwerpunkte setzt, mit schlimmen Folgen für die Betroffenen, in diesem Fall zahlen die Beitragszahler die Zeche der Bundesregierung.

Der Staat hat nie genug Geld – seit Jahrzehnten steigt die Verschuldung unablässig. Er wird immer etwas „Notwendigeres“ zu finanzieren haben als die GKV.

Mit dem Reformgesetz werden die gesetzlichen Krankenkassen aus ihrer bisherigen Staatsferne in die direkte Macht des dauerhaft verschuldeten Staates überführt.

Die Folgen daraus kann sich jeder leicht vorstellen.

### Hubert Ringhoff ■

Mitglied des Verwaltungsrates  
der Techniker Krankenkasse und  
Vorsitzender unser  
Schwestergewerkschaft VDT –  
Verband Deutscher Techniker

## Erstattungen sind keine Zuschüsse

Die Berichterstattung der meisten Medien über Zahlungen der Bundesregierung an die Krankenkassen ist irreführend. Es geht nicht darum, dass man den Krankenkassen mehr Steuergelder aus dem Bundeshaushalt als Zuschuss gewährt. Vielmehr handelt es sich um die Erstattung von Ausgaben für Leistungen, die nicht zu den Aufgaben der Krankenversicherung gehören, die man den gesetzlichen Krankenkassen aber durch Gesetze aufgebürdet hat. Der größte Posten dabei sind die Kosten des Mutterschutzes, obwohl anerkanntermaßen Schwangerschaft keine Krankheit ist. Es geht also nicht um die Forderung, die Bundesregierung möge die Krankenkassen subventionieren, sondern ausschließlich um die Erfüllung von Zahlungspflichten der Bundesregierung! Die rot-grüne Bundesregie-

rung hatte, und dafür ist ihr zu danken, im Jahr 2004 nach jahrzehntelangen Diskussionen beschlossen, die oben beschriebenen Ausgaben den Krankenkassen zu erstatten. Nur zwei Jahre später beschließt die nächste Bundesregierung das Gegenteil, nämlich genau diese Zahlungen stufenweise abzuschmelzen und einzustellen. Das ist keine verlässliche, sondern eine willkürliche Sozialpolitik nach Stimmungs- oder Kassenlage. Würde die Bundesregierung ihren gesetzlichen Verpflichtungen in Höhe von 4,2 Mrd. nachkommen, wäre das erwartete Defizit der Krankenkassen schlagartig fast halbiert. Wenn man diese Finanzmanipulation der Bundesregierung der Absicht gegenüberstellt, als Einstieg in die Steuerfinanzierung der Kinderkrankenversicherung den Krankenkassen 1,5 Milliarden zu

überweisen, wird der üble Finanztrick der Bundesregierung erkennbar: Der Bundeshaushalt wird mit 2,7 Milliarden entlastet, die Beitragszahler der GKV belastet!

Auch die neueste Absichtserklärung der Bundesregierung, noch eine Milliarde oder mehr für die Kinderversicherung bereit zu stellen, ändert nichts an der beabsichtigten Manipulation: es handelt sich nicht um eine sozialpolitische Großtat, sondern um einen Vertrauensbruch zu Lasten der Beitragszahler. Wen wundert es angesichts solcher Tricks, dass die Politik immer mehr in Verruf gerät?

Der DHV appelliert an die Medien und ihre verantwortlichen Redakteure, den Finanzmanipulationen der Bundesregierung durch eine ungenaue Berichterstattung nicht noch Vorschub zu leisten.

DHV – Hauptvorstand ■

## Handelskrankenkasse Bremen vor Fusion mit Innungskrankenkasse?

Nach Auffassung der Bundesgesundheitsministerin gibt es in Deutschland noch immer zu viele Krankenkassen. Mit der von ihr zu verantwortenden Gesundheitsreform soll deshalb auch die Zahl der Krankenkassen deutlich verringert werden. Ein Opfer dieser Entwicklung wird voraussichtlich die Handelskrankenkasse (HKK). Wie der DHV erfahren hat, strebt die nur in Bremen und Niedersachsen vertretene Ersatzkasse einen Zusammenschluss mit der IKK Weser-Ems an. Die Fusionsverhandlungen sollen bereits weit gediehen sein. Sollte es zu dem Kaserverbund kommen, so wäre dies ein Novum: Die Handelskrankenkasse

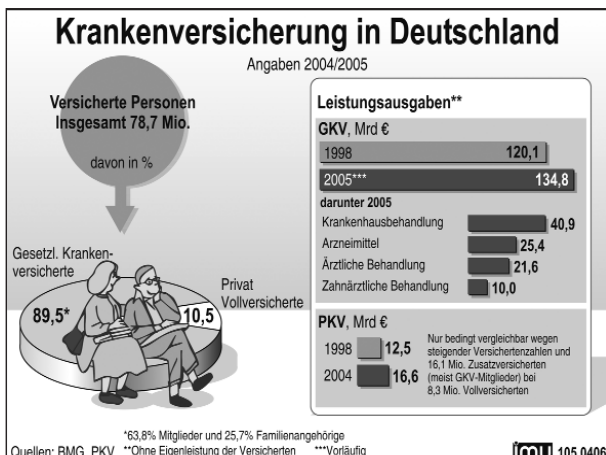
wäre die erste unter den Angestellten-Ersatzkassen, die ihre Eigenständigkeit aufgibt.

Die HKK wurde 1904 von der Handelskammer Bremen und bremischen Angestellten als Hilfsverein auf Gegenseitigkeit gegründet. Bis zur ersten Kassenöffnung durch den Gesetzgeber im Jahre 1996 war sie räumlich auf das Bundesland Bremen beschränkt. Nach der Öffnung erweiterte sie ihren Einzugsbereich auf das niedersächsische Umland von Bremen. Heute verfügt die Kasse über 130.000 Mitglieder, die von 294 Mitarbeitern in vier bremischen und sieben niedersächsischen Geschäftsstellen betreut werden. Mit einem Beitragssatz von 12,6 Prozent zählt die HKK zu den kostengünstigsten Krankenkassen in Deutschland.

ihren Hauptsitz in Oldenburg. Die IKK Weser-Ems verfügt über rund 69.000 Mitglieder. Der Beitragssatz für Mitglieder mit Anspruch auf Krankengeld ab dem 43. Tag beträgt 12,7 Prozent.

Beide Krankenkassen würden vom Einzugsbereich und vom Geschäftsstellennetz gut zueinander passen. Auch an der Frage der Führung der neuen Krankenkasse dürfte eine Fusion nicht scheitern: Beide Fusionspartner haben bislang jeweils nur einen einköpfigen Vorstand. Einer Doppelspitze der neuen Kasse aus den bisherigen Vorständen stünde somit auch rechtlich nichts entgegen.

ru ■



### Kurzkommentar des DHV-Hauptvorstandes:

*Wenn sich zwei Krankenkassen aus eigener Entscheidung zusammenschließen, z. B. aus betriebswirtschaftlichen- oder Betreuungsgründen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Die Bundesregierung dagegen fordert undifferenzierte Fusionen – es sollen nur einige Großkassen übrig bleiben, als ob dadurch Verwaltungskosten eingespart würden: da wären im öffentlichen Dienst viel größere Einsparpotentiale vorhanden.*

## Gesundheitsreform – so nicht!

### DHV schreibt an Bundestagsabgeordnete:

Die DHV-Bundesfachgruppe Ersatzkassen informierte im September alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages über die ablehnende Position des DHV zur Gesundheitsreform. In dem Schreiben warnte die Bundesfachgruppe vor einer weiteren Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Mit der Einführung eines Gesundheitsfonds, über dessen Höhe die Politik entscheiden soll, wird die Selbstverwaltung der Krankenkassen faktisch abgeschafft. Denn wer über die Einnahmen bestimmt, der hat auch das Sagen.

Mit dem Gesundheitsfonds werden alle Krankenkassen über einen Kamm geschoren. Was werden eine gute Betreuung vor Ort und ein hervorragender Service für Alte und Kranke zählen? Nicht mehr sehr viel. Die Krankenkassen, die diesen Service anbieten und womöglich einen Zusatzbeitrag erheben müssen, werden das Nachsehen gegenüber den Billigkrankenkassen haben, die nur über Internet und Servicehotlines zu erreichen sind, mit niedrigeren Verwaltungskosten glänzen oder ihren jüngeren Versicherten geringere Leistungen anbieten. Durch Zusatzbeiträge oder Beitragsnachlässe wird ein Leistungswettbewerb nach unten eingeleitet und die Solidargemeinschaften zu Tote getragen.

Die Bundesfachgruppe sprach in dem Rundschreiben die Befürchtung aus, dass es nur noch ein kleiner Schritt vom Gesundheitsfonds hin zu einer staatlichen Einheitskrankenkasse sein wird. Wie kann ein einheitlicher Beitrag den Wettbewerb fördern? Im Gegenteil. Wenn Krankenkassen fast gleiche Leistungen zum fast gleichen Beitrag anbieten, ist das kein Wettbewerb. Dann stellt sich zwangsläufig die Frage, warum es in Deutschland unterschiedliche Krankenkassen gibt – es gibt doch auch nur ein Finanzamt. Daher wird das Thema Einheitskrankenkasse in ein paar Jahren auf der Tagesordnung stehen. Eine Einheitskrankenkasse aber wäre ein gigantischer Monopolist – unfähig zur Sicherstellung eines innovativen, effek-

tiven und zukunftsichernden Gesundheitswesens.

Die Bundesfachgruppe machte in ihrem Rundschreiben die Bundestagsabgeordneten darauf aufmerksam, dass das Problem nicht die Verwaltungskosten, sondern die Leistungsausgaben sind. Was sind 8 Mrd. Euro Verwaltungsausgaben im Vergleich zu rund 140 Mrd. Euro Gesamtausgaben? Selbst wenn alle Verwaltungsausgaben auf Null zurückgefahren werden könnten, würde nur eine minimale Beitragsentlastung erzielt werden. Was aber die Leistungsausgabenseite angeht, kommen 2007 mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Streichung des Steuerzuschusses für versicherungsfremde Leistungen neue, milliarden schwere Belastungen auf die Krankenkassen zu.

**„Das Problem sind die Leistungsausgaben und nicht die Verwaltungskosten: Selbst eine radikale Senkung der Verwaltungsausgaben würde nur eine minimale Beitragsentlastung bringen.“**

Die Bundesfachgruppe Ersatzkassen forderte die Politiker auf, der Gesundheitsreform nicht zuzustimmen.

Auf den Rundbrief folgten Reaktionen verschiedenster Art:

Bundesumweltminister **Sigmar Gabriel** räumte ein, dass die Vorstellungen der Koalitionsparteien vor allem in der Gesundheitsreform weit auseinander liegen. Nicht alle Vorstellungen konnte die SPD in den Verhandlungen durchsetzen. Aber die solidarische Finanzierung der GKV, die Teilhabe aller am technisch-medizinischen Fortschritt und die Erhaltung der beitragsfreien Familienmitversicherung konnten verwirklicht werden. Gabriel versicherte, dass der Erhalt der solidarischen Krankenversicherung auch für die kommenden Generationen oberste Priorität hat.

**Antje Blumenthal** von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht die Gesundheitsreform als einen tragfähigen Kompromiss an, der die Handschrift der Union deutlich erkennen lässt; der Entwurf muss aber noch weiter verbessert werden. Die DHV-Kritik am Gesundheitsfonds ist nach Ansicht Blumenthals zu pauschal. Sie

ist der Ansicht, dass mit dem Fonds eine wirtschaftlichere Verwendung von Beitrags- und Steuermitteln erreicht werden und der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen gestärkt werden kann. Der Gesundheitsfonds ist ein wichtiger Beitrag dazu, das Gesundheitssystem für alle durchschaubarer zu machen, Bürokratie abzubauen und den Wettbewerb unter den Krankenkassen anzukurbeln, was den Versicherten zugute kommt.

Diese positive Einschätzung teilt **Blumenthals Fraktionskollege Jürgen Klimke** nicht. Er ist nicht zufrieden mit der bisherigen Ausgestaltung des Gesundheitsfondsmodells. Er favorisiert weiterhin das Kopfpauschalmodell, wobei er einräumt, dass der Wähler diesem Modell eine klare Absage erteilt hat.

Auch **Ortwin Runde**, Abgeordneter der SPD-Fraktion, ist skeptisch. Er betrachtet den Gesundheitsfonds als Experiment mit ungewissem Ausgang, da mit dessen Einführung die Abschaffung eines bisher reibungslos funktionierenden Beitragseinzugsverfahrens verbunden ist. Nach Rundes Einschätzung wird sich besonders heikel die gesetzliche Fixierung der Beitragssätze auswirken, da sich die Politik damit eine große Bürde auflädt. Das birgt ein unübersehbares Konfliktpotential.

Wie unentschlossen besonders die SPD noch in ihrer Entscheidungsfindung ist, zeigt die Reaktion des SPD-Abgeordneten **Lothar Binding**. Er gibt offen zu, dass sein Meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Er bedankt sich für den Brief, dessen Inhalt ihm weiter hilft.

Zustimmung zur ablehnenden Position des DHV kommt aus den Reihen der Opposition. Besonders der Gesundheitsfonds und die Zusatzprämie werden von FDP, Grünen und Linkspartei abgelehnt. Die Vorsitzende des Bundestagsgesundheitsausschusses, **Martina Bunge** von der Linkspartei, lud den DHV zu einer Gesundheitskonferenz der Bundestagsfraktion der Linkspartei ein, die wegen der Kurzfristigkeit leider nicht angenommen werden konnte. Diese Einladung ist ein Zeichen des Willens der Linkspartei, den Kontakt mit dem DHV zu intensivieren.

**Henning Röders** ■

## Festvortrag:

## Anspruch – Leistung und Gerechtigkeit in der Arbeitswelt und in den Sozialversicherungen

„Wir brauchen keine neuen Werte, sondern müssen die alten Werte an die neue Zeit anpassen!“ Das war die zentrale Aussage, die der Saarländische Gesundheits- und Sozialminister Josef Hecken in seinem Festvortrag traf.

Seine herzerfrischende Art zu reden, kam bei den Teilnehmern der Festveranstaltung gut an. Hecken langweilte nicht mit Fachsimepeleien zu den Themen Gesundheits- und Arbeitsmarktreform. Er brachte seine Aussagen lebensnah herüber und verknüpfte sie mit dem eigenen Erlebten. So erzählte er von seinem Vater, der auf dem Bau hart arbeitete und währenddessen mit ansehen musste, wie seine Nachbarn ohne Arbeit auf Staatskosten nicht schlecht lebten. Dieses Erlebnis war für Hecken ein Beispiel dafür, wie ungerecht falsch definierte Solidarität sein kann: Solidarität kann nach seiner Ansicht nicht Hilfe für diejenigen sein, die sich gemütlich in den Transferleistungen einrichten und meinen, sich nicht mehr anstrengen zu müssen. Solidarität muss Hilfe für diejenigen heißen, die unverschuldet in Not geraten sind.

Hecken stellte fest, dass die gesetzliche Krankenversicherung nicht an einem Ausgabenproblem leidet. Der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttosozialprodukt ist über die Jahre hinweg bemerkenswert stabil geblieben. Das Problem ist vielmehr, dass die Lohnsumme nicht Schritt mit den Ausgaben halten kann. Die Finanzierung der Gesundheitskosten ausschließlich über den Faktor Arbeit sei nicht mehr zeitgemäß. Notwendig sei vielmehr eine verstärkte Steuerfinanzierung, damit alle – auch die nicht gesetzlich krankenversicherten Bundesbürger – Solidarität üben. Hier verstrickte sich Hecken allerdings in Widersprüche: Gleichzeitig mit seiner Forderung räumte er nämlich ein, dass die Streichung des bisher den Krankenkassen gewährten Steuerzuschusses in Höhe von derzeit 4,2 Mrd. Euro kein Beispiel für die Verlässlichkeit der Politik ist. Anstatt



aber die Beibehaltung des Steuerzuschusses in unveränderter Höhe zu fordern, pries Hecken dessen schrittweise Wiedereinführung für die beitragsfreie Kinderversicherung ab 2008 als richtungweisenden Schritt an. Schade, dass Hecken diesen Punkt nicht weiter problematisierte, sondern als loyaler Parteipolitiker auftrat.

Die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre beurteilte Hecken verhalten skeptisch. Mit der Anhebung des Rentenalters einhergehen muss die Entwicklung einer verlässlichen Perspektive für ältere Arbeitnehmer auf Arbeitschancen bis 67. Es muss verhindert werden, dass die Anhebung des Rentenalters faktisch auf eine Rentenkürzung hinausläuft. Als konkrete Maßnahme nannte Hecken die Einführung von Kombilohnmodellen. Der Rentenversicherung in ihrer bisherigen Form gibt Hecken keine Zukunft mehr. Er spricht sich vielmehr für die Umstellung auf eine steuerfinanzierte Grundrente aus. Er räumte ein, dass es ein Fehler war, vor zehn Jahren als Büroleiter des damaligen Arbeitsministers Blüm entscheidend an der Verhinderung des Biedenkopf-Vorschlags zur Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente mitgewirkt zu haben.

Auch wenn Hecken in manchen Punkten im allgemeinen blieb: Es war eine Rede voller Denkanstöße, bei der vor allem eine Botschaft herüberkam: Die Politik ist nicht allein der Buhmann. Auch die Akzeptanz anderer gesellschaftlicher Gruppen wie die der Kirchen und Gewerkschaften ist gesunken. Man darf nicht warten, bis der Sozialstaat alles richtet, alle müssen sich vielmehr fragen: Was können wir tun, um etwas zu verändern? rö ■

## Aus dem Grußwort des CGB-Bundesvorsitzenden Matthäus Strebl



Das Motto des DHV-Verbandstages „Leistung – Anspruch – Gerechtigkeit in Arbeitswelt und Sozialsystemen“ ist ein aussagekräftiges Motto, mit dem sich der DHV mit aktuellen Entwicklungen auseinander setzt:

- der zunehmenden Globalisierung,
- in der Kapital und Wissen in Minutenschnelle verfügbar sind
- die Wirtschaft einem immer stärker werdenden internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist und
- Unternehmer um jeden Preis um Kunden konkurrieren, egal wie, wo und mit welchen Mitteln.

Dadurch wird die soziale Gerechtigkeit zusätzlich von äußeren Umständen und Faktoren abhängig.

Riesige Spekulationsmilliarden kursieren um den Globus, kaufen produktive Unternehmen auf, zerschlagen sie ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer und verkaufen Teile mit hoher Rendite. Dadurch wird kein echter produktiver Wert geschaffen, aber betriebswirtschaftliche Werte vernichtet. Die hohen Renditen des Finanzmarktes zwingen die Konzernchefs multinationaler Konzerne, ihre liquiden Reserven zu Kapitalmarktrenditen von 20 Prozent und mehr anzulegen, als sich für „magere“ 5 Prozent im Produktivgeschäft zu betätigen.

Wenn die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße stehen, verstehen auch höchst kompetente Arbeiter und Ingenieure die Welt nicht mehr. Besonders dreist ist, dass das vielen Entlassenen als eine Art Naturgesetz erklärt wird, obwohl es sich um eine Perversion wirtschaftlicher Tätigkeit handelt.

Ungelöst ist auch die Frage, wie in einer Welt, in der die Bedeutung der Erwerbsarbeit immer mehr abnimmt, allen Menschen eine wirtschaftliche Lebensgrundlage verschafft werden kann.

Fortsetzung auf Seite 11

## Grußworte:

# Ehrengäste zollen dem DHV ihren Respekt

Der Bürgermeister der Stadt Saarlouis, **Klaus Pecina**, der zugleich Mitglied der GöD ist, begrüßte die Teilnehmer des 18. ordentlichen Verbandstages als Gäste in seiner Heimatstadt. Er unterstrich die in der Einladung zum Verbandstag getroffene Aussage, dass das Saarland ein zum Motto des 18. Verbandstages passender Ort ist. Denn es steht für Strukturwandel und damit für Veränderung. Gleichzeitig hat diese Region eine eigene besondere Mentalität, die es bei aller Notwendigkeit zum Wandel zu bewahren gilt.

Der Präsident des Landessozialgerichts für das Saarland, Jürgen Bender, ging in seinem Grußwort auf die bedeutende Rolle der Gewerkschaften für die Arbeit der Sozialgerichtsbarkeit ein. Er beklagte ferner die Tatsache, dass die Gesetze für den Bürger zu unverständlich abgefasst sind. Bender appellierte in diesem Zusammenhang an den Gesetzgeber, verständlichere Gesetze zu verfassen.

Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes des privaten Versicherungs-

gewerbes, Dr. **Heinz-Dieter Sauer**, sprach sich gegen starre Tarifregelungen aus. Wenn der Flächentarifvertrag seine Klammerfunktion behalten und möglichst viele Unternehmen in der Branche erfassen soll, dann ist die Vereinbarung von Rahmenbedingungen erforderlich, die von den Parteien in den Unternehmen näher ausgestaltet werden können. „Wir brauchen keine Klassenkämpfer, sondern pragmatisch und sachlich handelnde Partner auf Arbeitnehmerseite,“ mit diesen Worten verbunden war ein Lob an den DHV als Gewerkschaft, der es um die Sache und nicht um die Durchsetzung von ideologisch motivierten Positionen gehe.

rö ■

Fortsetzung von Seite 10

Heute ist eine Politik der Gesamtschau gefragt:

- **nachhaltige Rentenpolitik**
- **verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Gesundheitspolitik**
- **eine andere Förderpolitik der Europäischen Union**
- **eine solide Haushaltspolitik**
- **eine Arbeitsmarktreform, welche ein soziales Miteinander ermöglicht**
- **kurz gesagt: eine Politik, mit der die Menschen das Gefühl wieder bekommen: hier werden meine Anliegen, Sorgen und Nöte ernst genommen.**

Soziale Gerechtigkeit kann nicht nur durch moralische Appelle der Politik herbeigepredigt werden. Sie muss auch in der Wirtschaft gelebt werden. So lange Konzernchefs ihre Mitarbeiter als Kostenfaktor bezeichnen, wird es keine soziale Gerechtigkeit geben.

Der CGB, gemeinsam mit DHV und den weiteren Mitgliedsgewerkschaften, werden weiterhin für eine gerechte und soziale Welt kämpfen. Das sind wir unseren Gründervätern und unserem christlichen Gedankengut schuldig. Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft und sind uns unserer Verantwortung für Staat und Gesellschaft bewusst.

In diesem Sinne werden sich DHV und CGB weiterhin dafür einzusetzen, dass die soziale Gerechtigkeit sowohl in der Arbeitswelt als auch in den Sozialsystemen nicht verloren geht. ■



Der Verbandsvorsitzende **Jörg Hebsacker** (3. von links) und die Ehrengäste (von links nach rechts): **Jürgen Bender**, Präsident des Landessozialgerichts für das Saarland, **Klaus Pecina**, Bürgermeister der Stadt Saarlouis, **Heinz-Dieter Sauer**, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes

## Die neue DHV-Satzung

Neben der Änderung des Verbandsnamens (*siehe Artikel auf Seite 12*) in der DHV-Satzung wurde diese in einer Reihe weiterer Punkte ebenfalls geändert. Flankierend zur Bestimmung des DHV als einer Gewerkschaft mit berufsverbandlicher Struktur wurde in der Satzung festgehalten, dass die vom DHV abgeschlossenen Tarifverträge nicht nur für die Zielgruppe kaufmännischer und verwaltender Berufe gelten, sondern für alle DHV-Mitglieder. Damit wurden erste Konsequenzen aus einem Gerichtsverfahren gezogen, das die Konkurrenzgewerkschaft verdi gegen den DHV führt, wobei verdi in 1. Instanz unterlegen ist. Der Rechts-

entwicklung folgend wurden auch eine Reihe von Paragraphen geändert, mit der einerseits die Rechte der Mitglieder konkretisiert wurden, andererseits das Zusammenwirken der Organe des DHV weiterentwickelt wurden. Die neue Satzung ist zur Eintragung in das Hamburger Vereinsregister angemeldet; nach dem BGB tritt eine neue Satzung nach der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft. Wenn dies erfolgt ist, kann sie von der DHV-homepage [www.dhv-cgb.de](http://www.dhv-cgb.de) heruntergeladen werden; auf Anforderung wird sie jedem Mitglied zugestellt.

DHV – Hauptvorstand ■

## DHV – Die Berufsgewerkschaft

### Den Berufsgewerkschaften gehört die Zukunft!

Es ist vollbracht: Der 18. ordentliche Verbandstag hat der Änderung des Verbandsnamens in **DHV – Die Berufsgewerkschaft** zugestimmt. Die Rückbesinnung des DHV auf seine berufsgewerkschaftlichen Wurzeln hat mit dieser Namensänderung nach langjährigen Diskussion ihren Abschluss gefunden.

**N**och gibt es eine Gnadenfrist für den alten Verbandsnamen. So lange die Eintragung in das Vereinsregister noch nicht erfolgt ist, heißt der DHV weiter „Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband“. Die Vorbereitungen für die Umstellung laufen aber schon auf vollen Touren. Die Namensänderung wird ein großer Einschnitt sein: Künftig werden wir uns an **die** (Gewerkschaft) **DHV** gewöhnen müssen und an die Tatsache, dass **der** DHV vom Namen her kein Verband mehr ist.

Viele Mitglieder des DHV können sich seit langem nicht mehr mit dem alten Namen identifizieren: Ein Lagerist im Großhandel ist kein Angestellter, ein Ersatzkassenmitarbeiter oder Bank-/Versicherungskaufmann ist weder ein Handels- noch ein Industrieangestellter.

Der neue Gewerkschaftsname charakterisiert treffender das Selbstverständnis des (und demnächst **der**) DHV: Der DHV war und ist keine Industriegewerkschaft. Er (oder sie) bleibt eine beruflich ausgegerichtete Gewerkschaft. Die Industriegewerkschaft ist von gestern, das zeigen die dramatisch rückläufigen Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften. Den Berufsgewerkschaften gehört die Zukunft!

**Z**ugegeben: Die Namensänderung ist einschneidend und wird manchem traditionsbewussten, langjährigen DHV-Mitglied nicht schmecken. Aber ein dauerhaftes Auseinanderklaffen zwischen Verbandsnamen und der in der Satzung festgelegten Zielgruppe wäre auf Dauer schädlich für den DHV gewesen. Mit **DHV – Die Berufsgewerkschaft** ist die Chance da, unsere Zielgruppe offensiv zu umwerben und nicht bereits mit dem Aussprechen unseres vollen Verbands-/Gewerkschaftsnamens in Erklärungs- und damit in Werbenöte zu kommen. Nutzen wir diese Werbechance und halten wir uns nicht mit wehmütigen Erinnerungen an den alten Verbandsnamen auf!

Gestalten wir gemeinsam die DHV-Zukunft weiter! **DHV – Die Berufsgewerkschaft** wird unsere Akzeptanz bei unseren Zielgruppen weiter steigern!

DHV – Hauptvorstand ■

## Entschliebung des

**Mit großer Besorgnis verfolgt der DHV die Globalisierung der Wirtschaft und die gesellschaftspolitische Entwicklung Deutschlands:**

- ☞ Die frühere Wirtschaftslokomotive Deutschland gehört heute zu den Schlusslichtern der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa.
- ☞ Seit Jahrzehnten wächst die öffentliche Verschuldung unaufhörlich an; nur mühsam können die Verschuldungskriterien der EU eingehalten werden.
- ☞ Die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem hohen Niveau.
- ☞ Die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer wächst, während ihre Kaufkraft trotz aller tariflichen Erhöhungen seit Jahren stagniert.
- ☞ Die Sozialsysteme der Arbeitnehmer leiden an finanzieller Auszehrung; alle Reserven sind aufgebraucht.
- ☞ Die Armut breiter Bevölkerungsschichten steigt als Folge von Arbeitslosigkeit und im Alter an.
- ☞ Die Kapitaleinkünfte steigen unaufhörlich und mit ihnen die Arbeitslosigkeit, während die Arbeitseinkünfte stagnieren.
- ☞ Die Managereinkommen explodieren, während Zigtausende von Arbeitsplätzen abgebaut werden.
- ☞ Weltweit verschiebt sich das wirtschaftliche Gleichgewicht zu Lasten der ärmeren Länder.
- ☞ Weltweit hat sich das Kapital vom echten wirtschaftlichen Handel entfernt. Hunderte Milliarden vagabundieren als Spekulationskapital um den Globus, vernichten viele Arbeitsplätze und bedrohen das politische Gleichgewicht mancher Staaten.
- ☞ Viele Wirtschaftswissenschaftler verabsolutieren Kapital und Gewinn; sie predigen absoluten Wettbewerb ohne Rücksicht auf die Belange der Menschen.

Auf der Strecke bleiben die berechtigten Interessen der Menschen, ihr Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und ihr Wunsch nach sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit. Weltweit werden die Reichen reicher und die Armen ärmer; der globale Wettbewerb bedroht inzwischen weltweit die sozialen Standards der Industrienationen.

**Dieser globale Wettbewerb bedarf einer Weltwirtschaftsordnung, die auf einen Ausgleich gegensätzlicher wirtschaftlicher Interessen abzielt und die Bedürfnisse der Menschen einbezieht.**

Deutsche Außenpolitik darf sich nicht auf internationale Friedensmaßnahmen beschränken, sondern muss sich auf allen internationalen Ebenen auf die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung einsetzen.

Auch das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht in Deutschland gerät immer mehr aus dem Lot; die große Arbeitslosigkeit ist nur die Spitze eines Eisbergs, unter dem sich soziale Kälte und millionenfache Existenznot breit machen. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, fordert der DHV-Verbandstag:

- ! Die zunehmende Verschuldung des Staates zu Lasten künftiger Generationen ist einzustellen; die hohe Schulden- und Zinslast schränkt die politische Handlungsfähigkeit des Staates ein und ist zurückzuführen.

## DHV-Verbandstages

- ! Die nach den unterschiedlichen Lebensrisiken gegliederte gesetzliche Sozialversicherung darf nicht weiter vereinheitlicht werden: die Risiken müssen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich versichert werden. Das gilt auch für die Beitragsleistungen, die im Leistungsfall von einem Zweig der Sozialversicherung an einen anderen Zweig zu leisten sind.
- ! Die sozialen Verschiebepunkte, mit denen viele Milliarden Euro von einem Sozialversicherungszweig zum anderen hin- und hergeschoben werden, sind zu beseitigen. Geboten sind Klarheit und Transparenz der sozialen Kosten und ihrer Finanzierung.
- ! Die aus Versicherungsbeiträgen finanzierten Sozialsysteme dürfen nicht länger staatlich bevormundet werden und sind als Solidargemeinschaften in die Selbstverwaltung der Betroffenen zurückzuführen – weniger Staat – mehr Selbstverantwortung!
- ! Vom Staat auf die gesetzlichen Sozialversicherungen verlagerte Leistungen, denen keine Versicherungsbeiträge entgegenstehen, müssen vom Staat erstattet werden.
- ! Solidarisch durch Versichertenbeiträge finanzierte Sozialversicherungen sind allemal gerechter als vom Staat festgesetzte Kopfbeiträge – für bedürftige Arbeitnehmer kann der Staat ganz oder teilweise die Beiträge übernehmen.
- ! Staat und Politik müssen sich darauf beschränken, den Rahmen für eine selbst verantwortete Gestaltung der Sozialsysteme zu setzen und deren Einhaltung konsequent zu überwachen. Dazu gehört auch, dass sich keine gesetzliche Sozialversicherung verschulden darf.
- ! Der Staat muss die grundgesetzlich gebotene Autonomie der Tarifpartner respektieren; Politik und Staat haben sich noch nie durch besondere Wirtschaftlichkeit ausgezeichnet
- ! Die Löhne und Gehälter sind leistungsgerecht durch Tarifverträge auszugestalten.
- ! Die außerordentlich hohen Einkommen vieler Manager verletzen die Leistungsgerechtigkeit und sind nach oben zu begrenzen.
- ! Ursächliche Aufgabe der Wirtschaft ist die Befriedigung von Bedürfnissen. Daneben tragen sie im Rahmen ihres Wirtschaftens jedoch auch Verantwortung für das Gemeinwohl.
- ! Die Wirtschaft braucht moralische Maßstäbe, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden; grundlegender Bestandteil jeder betriebs- oder volkswirtschaftlichen Ausbildung muss die Vermittlung solcher Maßstäbe sein.
- ! Die Abkoppelung des Kapitals von betriebswirtschaftlichen Erfordernissen ist zu bekämpfen.
- ! Das Steuersystem ist dergestalt gerechter auszurichten, dass, unter Beachtung unternehmerischer Interessen wie Risiko und Gewinn, reine Spekulationsgewinne höher besteuert werden.
- ! Die Mitwirkung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Geschehen durch die Betriebsverfassung und die betriebliche Mitbestimmung haben sich bewährt und sind zu erhalten. Sie entspricht der Bedeutung der Belegschaften für das Wohlergehen und den Erfolg der Unternehmen.
- ! Dem Ziel eines gerechteren Wirtschaftens dient der Ausbau der betrieblichen Vermögensbildung.

**Der DHV-Verbandstag bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft, die jedoch in vielen Bereichen neu mit Leben erfüllt oder neu gestaltet werden muss.**

## Kurzporträt: Der neue DHV-Hauptvorstand

Neuer Vorsitzender – mancher sagt, wie sollte es anders sein – ist **Jörg Hebsacker**. Er prägt den DHV seit über 40 Jahren, zunächst als Geschäftsführer in Reutlingen, dann als Mitglied im Hauptvorstand und seit 1986 als Verbandsvorsitzender. In seine Zeit fielen bedeutende tarifpolitische Erfolge wie der Abschluss des Tarifvertrages „Bolero“, der Einstieg in den Tarifbereich Zeitarbeit oder die zunehmende Tarifführerschaft mit Arbeitgeberverbänden und Unternehmen des Gesundheitswesens und der Wohlfahrtsverbände. Jörg Hebsacker ist stellvertretender Vorsitzender des CGB und Vizepräsident der CESI.

Als stellvertretende Vorsitzende wurde **Ute Beese** gewählt. Sie tritt damit die Nachfolge unseres langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden **Manfred Raible** an. Ute Beese ist Geschäftsführerin des DHV-Landesverbandes Niedersachsen/Bremen, dessen Vorsitzende sie zugleich ist. Ute Beese ist auch Vorsitzende des CGB-Landesverbandes Niedersachsen. Ein Schwerpunkt ihrer Hauptvorstandstätigkeit ist der Tarifbereich Banken.



*Der neue DHV-Hauptvorstand von links nach rechts: Martin Fehrmann, Ute Beese, Hans-Joachim Bondzio, Gunter Smits, Jörg Hebsacker, Hans-Rudolf Folz*

Wieder gewählt wurde **Hans-Joachim Bondzio**. Er ist Geschäftsführer des DHV-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Unter seiner Geschäftsführung erlebt dieser Landesverband einen rasanten Aufschwung. Dieser steht in der Mitgliederzahl an zweiter Stelle. Ein Schwerpunkt seiner Hauptvorstandstätigkeit ist der Bereich Handel. So ist Hans-Joachim Bondzio für die Betreuung der Metro Gruppe zuständig.

Wiedergewählt wurde auch **Hans-Rudolf Folz**. Er ist Vorsitzender des DHV-Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saar und war in dieser Funktion zuständig für die Vor-Ort-Organisation des 18. ordentlichen Verbandstages in Saarlouis.

Neu im DHV-Hauptvorstand ist **Gunter Smits**. Als ehemaliger Geschäftsführer des DHV-Landesverbandes Nordost und

Fortsetzung auf Seite 14

## Im Mittelpunkt: Kollegialität und Verbundenheit

Der 18. ordentliche Verbandstag in Saarlouis war als Arbeitstagung konzipiert, weil eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten war. Da blieb wenig Zeit für ein Rahmenprogramm; deshalb gab es nach der Unterbrechung des Verbandstages am Samstagabend auch keinen großartigen Festabend, sondern nur ein geselliges Beisammensein in allen Räumen des Hotels.

Das war eine richtige Entscheidung: Es war eine Freude zu sehen, wie quer durch alle Landesverbände, über alle Berufsgruppen und Generationen hinweg geredet und gelacht wurde. Das ist ein Zeichen für die innere Verbundenheit und Zusammengehörigkeit, die den DHV wohltuend von den Großgewerkschaften des DGB unterscheidet. Deshalb fiel vielen Abgeordneten

auch die Entscheidung für die Namensänderung schwer – weg von „Verband“ und hin zu „Gewerkschaft“, weil ein



*Der Abgeordnete Hannshinnerk Schumacher aus NRW bei einem Diskussionsbeitrag zur Satzung.*

„Verband“ auch „verbinde“, wie ein Abgeordneter ausführte, und das wolle man nicht verlieren.

Zu einem ungeplanten Höhepunkt kam es pünktlich um Null Uhr, als der 73. Geburtstag des Abgeordneten Hanns-

hinnerk Schumacher aus Köln begann. Er war der erste Bundesjugendführer des Bundes der Kaufmannsjugend im DHV nach der Wiedergründung, der dieses Mandat an Jörg Hebsacker, den heutigen Verbandsvorsitzenden weitergab. Von 1966 bis 1978 gehörte er auch dem DHV-Hauptvorstand an und hat sich bleibende Verdienste für den DHV erworben.

Ehemalige Aktive der Kaufmannsjugend hatten sich im Rahmen des Verbandstages zu einem Wiedersehen verabredet und nutzten die Gelegenheit: Pünktlich um 0.00 Uhr brachten sie ihrem ehemaligen „Chef“ aus dem Stegreif ein Ständchen mit musikalischer Begleitung, das zu einem mehrstündigen geselligen Höhepunkt führte und für manche erst in den frühen Morgenstunden endete.

Der gesellige Samstag-Abend ist der Beweis dafür, dass man auch unter dem neuen Namen „Gewerkschaft“ menschliche und kollegiale Verbundenheit leben kann.

He ■

Der DHV-Hauptvorstand bedankt sich bei denjenigen haupt- und ehrenamtlichen Helfern, die mit ihrer Arbeit für einen reibungslosen Ablauf des Verbandstages gesorgt haben!

**DHV – Hauptvorstand ■**

Fortsetzung von Seite 13

als Generalsekretär des CGB ist er mit der Arbeit des DHV bestens vertraut. Gunter Smits verfügt über vielfältige und hervorragende politische Kontakte. Als Vorsitzender der *Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP)* prägt er die Tarifarbeit in der Zeitarbeitsbranche.

Neu im DHV-Hauptvorstand ist auch **Martin Fehrmann**. Er ist bei der DAK beschäftigt und dort Personalrat. Er ist Landesfachgruppenvorsitzender Ersatzkassen in Hessen und in dieser Funktion Mitglied des DHV-Landesvorstandes Hessen. Auf Bundesebene engagiert sich Martin Fehrmann seit Jahren als Delegierter der Bundesfachgruppe Ersatzkassen sowie als Mitglied der Tarifkommission und der Verhandlungskommission für den Bereich Ersatzkassen.

rö ■



*Die stellvertretende Verbandsvorsitzende Ute Beese gratuliert Jörg Hebsacker zu seiner Wiederwahl.*

*Der neue Hauptvorstand und der Vorsitzende des DHV-Aufsichtsrats, Siegfried Widman, haben auf dem Podium Platz genommen.*



## Familienunternehmen wachsen schneller

### Vorbild für börsennotierte Aktiengesellschaften

Führende deutsche Familienunternehmen wachsen dynamischer als die börsennotierten Aktiengesellschaften. Das zeigt das neue Handelsblatt-Ranking der 30 größten Unternehmen, die komplett oder mehrheitlich im Besitz einer oder mehrerer Familien sind. Sie haben beim Umsatz zuletzt im Schnitt fast doppelt so stark zugelegt wie die im deutschen Leitindex DAX 30 notierten Konzerne.

Der Umsatz der Top-Familienunternehmen stieg im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr durchschnittlich um 9,7 Prozent. Die größten börsennotierten Konzerne dagegen erreichten im selben Zeitraum im Schnitt nur ein Wachstum von 5,5 Prozent. Und diese Überlegenheit ist nicht nur eine Momentaufnahme: Bereits im vorigen Jahr schnitten Familienunternehmen deutlich besser ab als Publikumsgesellschaften.

Damit mausern sich die oft unterschätzten Familienunternehmen mehr und mehr zum Vorbild für börsennotierte Aktiengesellschaften. Denn deren Zahlen unterstreichen, dass sich eine langfristige strategische Orientierung in Unternehmen auszahlt. Familienunternehmen denken nicht in Quartalen, sondern in Generationen. Ziel der Eigentümer ist die Weitergabe eines gesunden Unternehmens an die Nachfahren.

Anders ist das bei börsennotierten Aktiengesellschaften. Deren Vorstände stehen unter dem Erfolgsdruck der öffentlichen Meinung und der Aktien-

kurse. Häufig erwarten internationale Großaktionäre eine Kapitalrendite von 15 % oder mehr. Entsprechend der Dauer ihres Vertrags haben die Vorstände nur einen Zeithorizont von wenigen Jahren, ganz abgesehen von persönlichen Ambitionen, durch kurzfristige Maßnahmen am Erfolg teilzuhaben.

Die langfristige Orientierung hat offenbar auch positive Wirkungen für den Arbeitsmarkt. Nach Berechnungen des Handelsblatts steigerten die 30 größten Familienunternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr die Zahl ihrer Mitarbeiter im Schnitt um 9,2 Prozent. Bei

den Dax-30-Konzernen, lag der durchschnittliche Zuwachs nur bei 1,6 Prozent; eine Reihe von Gesellschaften hat sogar Tausende von Mitarbeiter „freigesetzt“ und damit kurzfristige Kursgewinne erzielt, dem Unternehmen jedoch nachhaltig geschadet.

„Familienunternehmen bieten Mitarbeitern mehr Beständigkeit und Sinn“, sagt Dieter Heuskel, scheidender Deutschlandchef der Boston Consulting Group. Damit haben sie gegenüber börsennotierten Gesellschaften auch eine hervorragende Position bei der Gewinnung und beim Halten hoch qualifizierter Führungskräfte.

Mit großen Spekulationsgewinnen kann man als Aktionär bei den Familienunternehmen nicht rechnen. Wer als Aktionär seine Ersparnisse dauerhaft und gewinnbringend anlegen will, ist bei ihnen aber gut aufgehoben.

**DHV-Aktionärvereinigung ■**

## Turnaround-Werte

Der DAX und die Aktienkurse haben in den zurückliegenden Börsenwochen eine beeindruckende Kursrallye gezeigt. Damit gerät die Baisse der Jahre 2001 bis 2003 immer mehr in Vergessenheit. Immerhin hat der DAX seit den Tiefstmarken im Jahr 2003 mehr als 4000 Punkte zugelegt und notiert jetzt mit über 6.000 Punkten auf einem Fünf-Jahres-Hoch.

Derart nachhaltige Aufwärtsbewegungen geben Anlegern ein Gefühl der Sicherheit ganz nach dem Motto: Es läuft wieder gut an der Börse, man kann wieder investieren. Die weit überwiegende Mehrheit der Anleger kauft Aktien lieber bei steigenden Kursen, und aus fehlendem Glauben an den Trend erst längere Zeit nach dessen Wende. Bei den derzeitigen Kursen um

6400 Punkte stellen sich auch wieder viele Privatanleger die Frage, ob es nicht richtig sei, an die Börse zurückzukehren. Vor vier Jahren bei einem unter 3000 Punkte einbrechenden DAX stellte sich diese Frage kaum einem privaten Investor – und damit wurde eine große Kurschance vertan.

Dies ist typisch: Wir Menschen gehen davon aus, dass sich eine Entwicklung immer weiter in die gleiche Richtung fortsetzen wird – wir extrapolieren Trends gedanklich in die Zukunft. Auch bei einzelnen Unternehmen sind Anleger oftmals erst mit deutlicher Zeitverzögerung bereit, operative Verbesserungen anzuerkennen, wenn diese lange Jahre von Quartal zu Quartal tiefer und damit immer wieder enttäuschende Zahlen präsentiert haben. Das Festhalten und Fortschreiben von Trends führt also auch bei einzelnen Titeln zu Fehleinschätzungen, weil man, zumindest bei Turnaround-Werten die teilweise höchst attraktiven Einstiegschancen und damit erhebliche Kursgewinne versäumt.



Je früher man bei einem solchen Wert einsteigt, desto größer die Gewinnchance. Einige Börsendienste suchen gezielt nach solchen Gesellschaften, darunter auch der Hanseatische Börsendienst, dem wir wesentliche Inhalte dieses Artikels entnommen haben. Ohne Risiko läuft bei Aktienanlagen nichts – daher sind wir Anhänger einer konservativen Aktienanlage. Turnaround-Werte sind auch eine konservative Anlage, die allerdings nicht ohne Risiko ist. Trotzdem: Nach sorgfältiger Prüfung eines solchen Wertes lohnt sich die Anlage.

**DHV-Aktionärvereinigung ■**

Der Hanseatische Börsendienst erscheint im Verlag Hanseatischer Wirtschaftsdienst AG, Grasweg 70, 22303 Hamburg, Tel 040-7906084, Fax 040-7909468, eMail: [aboservice@hwd-ag.de](mailto:aboservice@hwd-ag.de)

## Mangelnde Ausbildungsreife

Seit 1996 werden in jedem Jahr mehr Ausbildungsplätze nachgefragt als angeboten. Auch im laufenden Jahr ist das der Fall. Erst für 2010 ist auf Grund des Geburtenrückgangs vermutlich ein Angebotsüberschuss zu erwarten. Dann werden Lehrlinge zur Mangelware.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat jetzt in einer Umfrage ermittelt, dass 2005 in manchen Fällen 200 Bewerber nicht ausreichten, um fünf Ausbildungsplätze zu besetzen. Der Grund: fehlende Ausbildungsreife. Als Ursache dafür gaben die Unternehmen an (Mehrfachnennungen möglich):

Unzureichendes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen:	66,2 %
Schwächen bei grundlegenden Rechenfertigkeiten:	52,6 %
Mangelnde Leistungsbereitschaft und Motivation:	51,7 %
Nicht ausreichende Belastbarkeit:	39,2 %
Lückenhafte Disziplin:	37,9 %
Unzureichende Umgangsformen:	37,4 %
Fehlendes Interesse und Aufgeschlossenheit:	32,9 %

Unter diesen Voraussetzungen fragt man sich, ob die heutigen, anspruchsvollen Ausbildungsabschlüsse überhaupt erreicht werden können.

st ■

## Neue Ausbildung in der Versicherungswirtschaft

Seit dem 1. August 2006 wird bei den Versicherungen in dem neuen Berufsbild „Kaufmann/frau für Versicherungen und Finanzen“ ausgebildet. In den ersten beiden Jahren ist der Ausbildungsrahmenplan in beiden Fachrichtungen identisch. Die Auszubildenden lernen neben dem Ausbildungsbetrieb, der kaufmännischen Steuerung und Kontrolle, der Kundenberatung und dem Verkauf sowie dem Bestandskundenmanagement alle Versicherungs- und Finanzprodukte für den Privatkundenbereich kennen. Im dritten

Jahr teilen sich die Fachrichtungen in Finanzberater und Versicherungen.

Während der „Finanzberater“ private Immobilienfinanzierung nebst zugehörigen Versicherungen vertiefen, intensivieren die Lehrlinge mit dem Schwerpunkt „Versicherungen“ ihr Wissen im

lichen Prüfung stehen die Geschäfte des ausbildenden Unternehmens an. Sie umfasst in einem ersten Teil ein etwa 20-minütiges Kundenberatungsgespräch (Gespräch, nicht Verkäufermonolog!). Der zweite Teil bezieht sich auf die beiden Wahlmodule des Auszubildenden.

st ■

## Ausbildungsplatzstatistik

Lehrstellenlücke: Zum 30. Sept. 2006 fehlen 6.200 Ausbildungsplätze mehr als zum 30. Sept. 2005. Im IV. Quartal 2005 konnte diese Lücke um 59 % verringert werden. Im IV. Quartal 2006 ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten.

**Abgeschlossene Verträge:**  
Im IHK-Bereich konnten **11.700 Verträge** mehr abgeschlossen werden als 2005.

**25.000 Unternehmen** bilden mit **33.300 Verträgen** zum ersten Mal aus. Im Hwk-Bereich konnten **2.300 Verträge** mehr abgeschlossen werden als 2005.

**8.000 Unternehmen** bilden mit **22.500 Verträgen** zum ersten Mal aus.

**Insgesamt konnten 2006 also 14.000 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen werden als 2005.**

33.000 Betriebe mit zusammen 55.000 Verträgen bilden zum ersten Mal aus. Wenn sich daraus nur ein positiver Saldo von 14.000 Ausbildungsverträgen ergibt, müssen wohl 41.000 Ausbildungsplätze weggefallen sein. Dieser Sachverhalt ist aber kein Grund, auf die Wirtschaft oder Ausbildungsbetriebe einzuprügeln. Man sollte statt dessen die Ausbildungsplatzstatistik um die Positionen „Insolvenzen und Betriebsschließungen“ erweitern, um die wahre Ausbildungsleistung der Wirtschaft zu erkennen.

st/he ■

Schadens- und Leistungsmanagement und wählen dafür zwei von insgesamt sieben Schwerpunktfächern.

Die schriftliche Kammerprüfung behandelt die Kernqualifikationen und deckt alle für den Privatkundenbereich relevanten Produkte ab. In der münd-

## Neue Ausbildungsberufe

### Verlage

Im Jahr 2004 wurden mehr als 2.000 Berufsanfänger zu Verlagskaufleuten ausgebildet, darunter 74 % Frauen. Seit August 2006 bildet man anstelle dessen zu Medienkaufmann/frau Digital und Print aus. Diese sollen sich im gesamten Spektrum der Medienprodukte auskennen. Sie müssen das Zusammenwirken der Arbeitsprozesse verstehen, ausgehend von der Produkt- und Programmplanung über die Gestaltung und Herstellung bis zum Verkauf und Vertrieb von Medienprodukten aller Art. Der berufliche Schwerpunkt der ausgebildeten Kaufleute verlagert sich zum Marketing und Vertrieb, der auch den zentralen Bereich der neuen Ausbildung darstellt: Vermittlung kommunikativer Fähigkeiten, kundenorientiertes Handeln und der sichere Umgang mit modernsten Informations- und Kommunikationstechnologien.

### Werbung

Zu Werbekaufleuten wurden 2004 rund 3.000 Jugendliche ausgebildet, darunter 73 % Frauen. Seit August 2006 lernt man „Kaufmann/frau für Marketingkommunikation“. Zu deren Tätigkeitsfeld gehören vielfältige Aktionen der Verkaufsförderung, die Beteiligung an Messen und Ausstellungen, Dialog- und Eventmarketing, Sponsoring und Öffentlichkeitsarbeit (public relations). Sie entwickeln Kommunikationskonzepte und steuern bzw. kontrollieren eigenverantwortliche Projekte und Angebote. Neben umfassenden fachlichen, sozialen und personalen Kompetenzen sind Fremdsprachenkenntnisse Voraussetzung. Tätig sind diese Kaufleute bei Agenturen, Beratungsunternehmen und Dienstleistern sowie in Marketing- und Kommunikationsabteilungen von Unternehmen, Non-Profit-Organisationen und in öffentlichen Einrichtungen.

st ■

## Shell-Jugendstudie 2006

„Neue Leistungselite“ betitelte „DIE WELT“ ihren Bericht über die neue Studie, die alle vier Jahre unter der Leitung vom Bielefelder Universitätsprofessor Klaus Hurrelmann und dem Münchener Forschungsinstitut Infratest vorgelegt wird. Im Mittelpunkt stand in diesem Jahr die Frage: „Wie sieht die heutige junge Generation ihre Zukunft in einer älter werdenden Gesellschaft?“ Befragt wurden 2.532 repräsentativ Ausgewählte zwischen 12 und 25 Jahren. Gut ein Drittel der Interviewten hatte keine deutschen Eltern.

Hauptproblem: Der Blick in die Zukunft hat sich verdüstert. Schlechte Zukunftsperspektiven und fehlende Ausbildungsplätze sind der Nährboden für sich ausbreitende Unruhe. Die heutige Jugend kann ihr enormes Potenzial nicht entfalten, das sich vor allem bei den Frauen stärker entwickelt hat. Die Studie erkennt in den Mädchen und jungen Frauen eine neue Leistungselite. Sie sind durchsetzungswillig und leistungsstark und stellen häufig hohe Anforderungen an sich selbst.

Je besser die Schulbildung ist, desto größer ist auch das Interesse an Politik. Die Mehrheit steht dabei „etwas links von der Mitte“. Dem politischen Extremismus erteilen die Jugendlichen eine klare Absage. Ins-

gesamt ist das Vertrauen in die Politik jedoch gering. Unzufrieden sind die Jugendlichen mit der „Praxis der Demokratie“. Die Demokratie als Staatsform stellen sie nicht infrage. Die Distanz zu den Parteien ist nach Einschätzung Hurrelmanns aber so groß, dass es für die Demokratie langsam riskant wird.

Konservative Werte werden immer stärker in den Mittelpunkt gestellt. Vor allem Mädchen mit einem guten Bildungshintergrund orientieren sich daran. Sie sind die „engagierten Idealisten“, denen als Extrem die „materialistischen Jungen“ mit einem niedrigen Bildungshintergrund gegenüberstehen. Dazwischen steht eine breite Gruppe von „Macherinnen und Machern“ mit viel Tatkraft und Le-

bensfreude. Eigenverantwortung hat dabei für 89 Prozent der Jugendlichen eine große Bedeutung für die Lebensgestaltung ebenso wie die Familie (ebenfalls 89 Prozent).

Zu einem persönlichen Gott bekennen sich (nur ?) 30 Prozent der Befragten, 19 Prozent glauben an eine überirdische Macht, 28 Prozent erkennen weder Gott noch eine überirdische Macht an und 23 Prozent wissen nicht richtig, was man glauben soll. Die Kirche als moralische Instanz wird positiv bewertet, sie bestimmt aber nicht das persönliche Wertesystem.

Die Jugendlichen, so Hurrelmann, sind guten Willens, aber sie stehen unter enormem Druck. Sorgen sich vor vier Jahren 55 Prozent, ihren Job zu verlieren oder keine adäquate Beschäftigung zu finden, waren es in diesem Jahr schon 69 Prozent. Mehr als ein Drittel der Lehrlinge ist sich nicht sicher, ob sie übernommen werden.

„Du hast keine Chance – also nutze sie!“ Kommt das nicht einem Hilfeschrei verdächtig nah? **st ■**

## Berufliche Bildung immer wichtiger!

Mit einer „neuen Kultur der Ausbildung“ will das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft die Zukunft der Beschäftigung sichern. Den Grundstein soll der „Innovationskreis für berufliche Bildung“ legen. Diese Denkfabrik befasst sich mit vier Themenschwerpunkten:

Unter dem Stichwort Modernisierung geht es um neue Qualifikationsanforderungen durch Strukturveränderungen, um eine neue Ausbildungskultur in Wachstumsbereichen und forschungsnahen Branchen und um gestufte Ausbildungen. Das Thema Übergangsmangement umfasst die Verbesserung der Kooperationsstrukturen von Berufsschule und betrieblicher Ausbildung, Strukturverbesserungen in der Benachteiligtenförderung, eine höhere Ausbildungsbeteiligung von Migranten und um die Nachqualifizierung junger Erwachsener. Der Bereich Weiterbil-

dung / Durchlässigkeit thematisiert die Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie die Durchlässigkeit beruflicher Bildung zum Hochschulbereich. Unter dem Oberbegriff „europäische Öffnung“ beschäftigt sich der Innovationskreis mit dem deutschen und dem europäischen Qualifikationsrahmen, dem Leistungspunktesystem in der beruflichen Bildung und mit Berufskonzepten.

Die Beratungen sollen bis zum Sommer 2007 abgeschlossen sein, damit mit der Umsetzung der Vorschläge noch in dieser Legislaturperiode begonnen werden kann. **st ■**

## Weiterbildung für Verkäufer/innen

Absolventen des zweijährigen Ausbildungsberufs „Verkäufer/innen“ stehen künftig moderne multimediale Lernmittel zur Fortsetzung ihrer Ausbildung zur Verfügung, so dass sie durch selbstständiges Lernen den An-

schluss und die Durchlässigkeit zur „Kauffrau/mann im Einzelhandel“ erreichen können. Die Lernarrangements auf fünf CD-ROM's – Einzelhandelsprozesse / Beratung, Ware und Verkauf / kaufmännische Steuerung und Kontrolle / IT-Anwendungen / Personal – umfassen vielschichtige Lern- und Handlungssituationen, die in einer virtuellen Lernumgebung ansetzen und einen starken Praxisbezug haben. Sie orientieren sich an den Pflicht- und Wahlqualifikationen der modernisierten Ausbildung. Weitere Lernarrangements zu warenwirtschaftlicher Analyse, beschaffungsorientierter Warenwirtschaft und Marketing werden bis Mitte 2007 folgen.

Weitere Informationen sowie „Einblicke“ in die Lernarrangements enthält die Dokumentation „Multimediale Berufsbildung im Einzelhandel, Neue Chancen?“ im Internetangebot des BiBB unter

[www.bibb.de/pub/dokumentationen](http://www.bibb.de/pub/dokumentationen). **■**

## Arbeitsvertragsgesetz?

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern verfügt Deutschland über kein Arbeitsgesetzbuch. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wurden Arbeitsverhältnisse wie andere Vertragsverhältnisse beurteilt, für die der formale Grundsatz der Vertragsfreiheit galt. Erst im Zuge der Industrialisierung setzte sich die Erkenntnis durch, dass es spezieller Arbeitnehmerschutzvorschriften bedarf. Arbeitsrechtliche Bestimmungen finden sich daher zum einen im BGB, zum anderen in einer Vielzahl von Sonder- und Querschnittsgesetzen und Verordnungen. Darüber hinaus ist Arbeitsrecht in Deutschland zu einem Großteil auch

**„Der Diskussionsentwurf ist für Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragbar.“**

Richterrecht, da viele Sachverhalte vom Gesetzgeber nicht oder nicht ausreichend normiert wurden. Die Folge ist eine Unübersichtlichkeit, die die Rechtsfindung erschwert und die Arbeitsgerichte belastet.

Es hat in der Vergangenheit mehrfach Bestrebungen gegeben, das Arbeitsrecht zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. So hat bereits 1977 eine von der damaligen Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenkommission den Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches vorgelegt. Später folgten Entwürfe des Deutschen Juristentages (1992) sowie der Bundesländer Sachsen (1995) und Brandenburg. Bislang sind jedoch alle Bemühungen zur Zusammenfassung des Arbeitsrechtes gescheitert. Nunmehr hat die Bertelsmann-Stiftung einen neuen Anlauf gestartet. Sie hat

sich dabei auf den Bereich des Individualarbeitsrechtes konzentriert und die Professoren Dr. Martin Henssler und Dr. Ulrich Preis beauftragt, gemeinsam einen Entwurf für ein Arbeitsvertragsgesetz zu entwickeln.

Seit wenigen Wochen liegt nun der erste Diskussionsentwurf eines solchen Arbeitsvertragsgesetzes vor. Der Entwurf gliedert sich in sieben Abschnitte mit 149 Paragraphen. Im ersten Abschnitt finden sich allgemeine Vorschriften. Der zweite Abschnitt beinhaltet die Rechtsgrundlagen zur Begründung von Arbeitsverhältnissen. Im dritten Abschnitt sind die Inhalte von Arbeitsverhältnissen geregelt. Der vierte Abschnitt befasst sich mit dem Ruhen und der fünfte Abschnitt mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen. Verjährung und Ausschlussfristen werden im sechsten Abschnitt behandelt, und im siebten Abschnitt finden sich die Schlussvorschriften.

Die Verfasser des Entwurfs haben sich von folgenden Zielen leiten lassen:

**Vereinheitlichung  
Vereinfachung  
Kalkulierbarkeit  
Europakonformität  
Mittelstandsförderung  
Beschäftigungsförderung**

Es ist ihnen gelungen, in lediglich 149 Paragraphen das gesamte Arbeitsvertragsrecht zusammenzufassen – einschließlich der Grundsätze aus mehr als 10.000 höchstrichterlichen Entscheidungen. Auf inhaltliche Veränderungen arbeitsrechtlicher Vorschriften wurde weitgehend verzichtet.

Genau in diesem „Restatement“ liegt der Reiz des Diskussionsentwurfs: Dadurch, dass darauf verzichtet wurde, in strittigen Fragen wie dem Kündigungsschutzrecht Position zu beziehen, ist der Entwurf für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber tragbar. Keine Seite kann den Verfassern vorwerfen, dass unter dem Deckmantel der Vereinheitlichung die arbeitsrechtliche Balance in die eine oder andere Richtung verschoben wird. Trotzdem hat auch dieser Diskussionsentwurf nicht nur Zustimmung gefunden. Widerstand kommt bislang vor allem aus dem Arbeitgeberlager, wo die neoliberalen Kräfte nach wie vor auf eine grundlegende Revision des Arbeitsrechtes durch eine schwarz-gelbe Koalition hoffen.

Die Chancen für ein Arbeitsvertragsgesetz stehen dennoch nicht schlecht. Zum einen müssen in einer Großen Koalition die Partner nicht allzu sehr Rücksicht nehmen auf Widerständler in den eigenen Reihen, zum anderen haben die Niederlande bereits erfolgreich vorgemacht, dass bei einer Verständigung auf ein „Restatement“ auch ein politisch strittiger Bereich neu kodifiziert werden kann.

**Peter Rudolph** ■

*Die Verfasser sowie die Bertelsmann-Stiftung sind an einer breiten öffentlichen Diskussion des Entwurfs für ein Arbeitsvertragsgesetz interessiert. Sie haben unter der Web-Adresse [www.ArbVG.de](http://www.ArbVG.de) ein Forum Arbeitsvertragsgesetz eingerichtet, das neben Hintergrundinformationen auch die Möglichkeit bietet, die vorgeschlagenen Paragraphen einzeln zu kommentieren und Alternativvorschläge zu formulieren.*

## Aus der Arbeit eines ehrenamtlichen Bundesarbeitsrichters

Rechtzeitig vor jeder Verhandlung, zu der ich als ehrenamtlicher Richter geladen werde, erhalte ich vom BAG in Erfurt die notwendigen Unterlagen zu jedem Fall, genannt „Beisitzermäppchen“; die das Urteil der Vorinstanz (LAG) sowie die Anträge der Parteien mit Begründung enthalten. Normalerweise werden an einem Verhandlungstag 5 Fälle und häufig noch einige Nichtzulassungsbeschwerden verhandelt. Die Unterlagen dazu werden mir

in mehreren dicken Briefumschlägen zugestellt.

Im August d. J. geschah es nun, dass ich zu meiner Überraschung zwei große Pakete erhielt. Zuerst glaubte ich, es handele sich um verfrühte Weihnachtsgeschenke. Als ich aber die Kartons öffnete, quollen mir die Gerichtsunterlagen für 53 (!) Kündigungsverfahren sowie einige Nichtzulassungsbeschwerden entgegen, die

wir am 21. September verhandeln sollten.

Erst war ich ein wenig geschockt, merkte bei der Durchsicht dann aber sehr schnell, dass es sich nur um 5 Einzel- und 2 Parallelverfahren (jeweils ein Arbeitgeber und mehrere Arbeitnehmer) handelte. Letztere beruhten auf demselben Tatbestand und sollten gleichzeitig verhandelt werden. Dadurch reduzierte sich auch das Aktenstudium für mich auf ein „normales“ Maß.

Fortsetzung auf Seite 19

## Bundessozialgericht stärkt Rechte von ALG II-Empfängern

Knapp zwei Jahre nach In-Kraft-Treten der so genannten Hartz IV-Reformen hat das Bundessozialgericht die Rechte der Bezieher von Arbeitslosengeld II in entscheidenden Punkten gestärkt.

### Verwertung von Wohnungseigentum

So hat das BSG Wohnungsgrößen festgelegt, bis zu denen Hartz-IV-Empfänger Wohneigentum selbst nutzen dürfen. Die Richter nannten 120 Quadratmeter als Standardgröße für eine vierköpfige Familie. Ist die Wohnung größer, seien ein Umzug in eine kleinere sowie eine Verwertung der Wohnung – also Verkauf oder Vermietung – zumutbar. Unterhalb dieser Größen gelte die Eigentumswohnung als so genanntes Schonvermögen. Sei der Haushalt kleiner als vier Personen, reduziere sich der Wert um je 20 Quadratmeter pro Kopf, mindestens jedoch auf 80 Quadratmeter. (B 7b AS 2/05 R).

Im konkreten Fall hatte eine 25-jährige aus der Nähe von Augsburg Arbeits-

losengeld II bezogen, obwohl sie allein in ihrer 75 Quadratmeter großen Eigentumswohnung lebte. Die Sozialbehörde forderte die junge Frau zum Umzug und zur Verwertung der Wohnung auf. Wie schon zuvor das Augsburger Sozialgericht schlossen sich auch die Bundesrichter dem nicht an.

### Bildung von Bedarfsgemeinschaften

Ohne konkrete Gewichtung urteilten die Richter zudem, dass einem geschiedenen Hartz-IV-Empfänger Geld für die Betreuung seiner Kinder zusteht, selbst wenn die Ex-Frau das alleinige Sorgerecht hat. (B 7b AS 14/06 R).

Ein duisburger Vater hatte auf zusätzliche Zahlung von Unterstützung geklagt. Dessen Töchter besuchen den Vater regelmäßig für zwei Tage, die jüngere jedes zweite Wochenende, die ältere einmal im Vierteljahr. Zusätzliche Zahlungen lehnte die Behörde jedoch ab, weil Vater und Töchter

keine so genannte Bedarfsgemeinschaft bildeten.

Die Kasseler Richter urteilten dagegen, dass sich die öffentliche Hand „aus verfassungsrechtlichen Gründen“ an den Kosten beteiligen müsse. Die Unterhaltskosten müssten zum Teil von der Arbeitsgemeinschaft Duisburg als Verwalterin der Hartz-Gelder abgedeckt werden. Auch bei den Reisekosten müsse die öffentliche Hand mit eintreten, hier sei der Sozialhilfeträger gefragt.

### Zwangsumzug

In einem weiteren Fall machte das BSG zugleich klar, dass Hartz-IV-Empfänger nicht zum Umzug in einen anderen Ort gedrängt werden dürften, weil dort die Miete billiger sei. Zudem dürften sich Behörden nicht auf bundesweit einheitliche Wohngeldtabellen stützen. Entscheidend seien nur die am Ort geltenden Preise. Dabei könnten Arbeitslose auch variieren und größere Wohnungen nehmen, deren Standard niedriger sei oder umgekehrt (B 7b AS 18/06 R und B 7b AS 10/06 R).

dpa ■

### Diebstahl von Abfall

#### Fristlose Kündigung rechtmäßig

Das unerlaubte Mitnehmen und Verkaufen von Abfall aus einem Betrieb durch einen Arbeitnehmer, kann dessen fristlose Kündigung rechtfertigen.

LAG Rheinland-Pfalz  
5 Sa 341/05

Fortsetzung von Seite 10

So weit – so gut. Aber als der Tag der Verhandlung näher kam, machte ich mir doch Gedanken, wie ich die „gesammelten Werke“ zusätzlich zu meinem Gepäck nach Erfurt bringen sollte, da ich als Richter doch gehalten bin, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Ich vereinbarte also, dass ich zu dieser Sitzung ausnahmsweise mit dem PKW anreisen würde, und besorgte mir eine kleine Sackkarre.

Am Verhandlungstag zog ich dann zur großen Erheiterung des Senats mit einer Sackkarre voller Akten in den Gerichtssaal ein. Ein – wie man mir mitteilte – bisher einmaliges Ereignis in der Geschichte des Bundesarbeitsgerichtes.

Claus Baerbaum ■

## Zusatzurlaub für schwerbehinderte Menschen

Nach § 125 SGB IX, in Kraft seit dem 1. Juli 2001, haben schwerbehinderte Menschen, die in der 5-Tage-Woche arbeiten, Anspruch auf einen bezahlten zusätzlichen Urlaub von fünf Arbeitstagen im Urlaubsjahr. Die Vorschrift entspricht einer langen Tradition. Schon 1941 wurde schwerbeschädigten Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst ein Zusatzurlaub eingeräumt. Nach 1945 folgten einige (Bundes-) Länder diesem Vorbild. Das Schwerbeschädigtengesetz vom 16. Juni 1953 führte Zusatzurlaub für alle Kriegs- und Unfallbeschädigten ein. Das zum 1. Mai 1974 in Kraft getretene Schwerbehindertengesetz erweiterte den Schutz auf alle Personen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 50. Die Neuregelung im SGB IX beruht unverändert auf dem Gedanken, dass schwerbehinderte Menschen stärker belastet sind und deshalb eine längere Zeit benötigen, um sich von der Arbeit zu erholen. Daher ist der Urlaub, den der schwerbehinderte Beschäftigte ohne seine Behinderung beanspruchen könn-

te, um fünf Arbeitstage aufzustocken. Der Neunte Senat des Bundesarbeitsgerichts hat die zum früheren Recht ergangene Rechtsprechung auch für die Neufassung des Schwerbehindertenerurlaubs bestätigt.

Die Klage eines schwerbehinderten Arbeitnehmers auf Gewährung von fünf Urlaubstagen zusätzlich zu dem mit dem Arbeitgeber vereinbarten Urlaub von 29 Tagen war daher vor dem Neunten Senat erfolgreich. Der Arbeitgeber hatte sich geweigert, den Schwerbehindertenerurlaub zusätzlich zu dem vertraglichen Urlaub zu gewähren. Er war der Auffassung, der Zusatzurlaub erhöhe nur den gesetzlichen Mindesturlaub im Sinne von § 3 Abs. 1 BUrtG, der 24 Werktagen in der 6-Tage-Woche oder 20 Arbeitstagen in der 5-Tage-Woche beträgt. § 125 Abs. 1 Satz 1 SGB IX enthält dafür jedoch keine Anhaltspunkte.

Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 24.10.2006 -  
9 AZR 669/05

## Internationale Gewerkschaftsarbeit!

### Einheit bleibt ein sozialistischer Traum

Zu dem in Wien beendeten Weltkongress des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) und dem (christlichen) Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) erklärt der DHV-Hauptvorstand:

Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands ist an dieser Fusion nicht beteiligt.

Dies gilt auch für den DHV, der seinerseits Mitglied im Weltverband der Angestellten (WBA) ist.

Der WBA hat bereits in seiner Weltkonferenz in Medan / Sumatra im November 2004 beschlossen, den Weg zu einer weltweiten Fusion mit dem sozialistisch geprägten IBFG nicht mitzugehen. Der Beschluss dazu erfolgte einstimmig und wird auch von den Delegierten aus Asien und Afrika getragen.

Der WBA ist eine weltweite Organisation von christlichen Angestellten-

gewerkschaften, der jedoch auch weltanschaulich / religiös anders geprägte Gewerkschaften angehören, z. B. aus Pakistan.

Er wird seine weltweite Struktur erhalten, sich anderen christlichen Gewerkschaften öffnen und damit eine neue christliche Weltorganisation schaffen.

Die Fusion von IBFG und WVA zu der neuen Weltorganisation „Internationaler Gewerkschaftsbund (IBG)“ wird in der Praxis nur wenig bewirken:

Die Feindschaft der DGB-Gewerkschaften gegen den CGB und seine Gewerkschaften wird sich dadurch nicht ändern, der DGB-Monopolanspruch bleibt erhalten.

Das gleichermaßen feindselige Verhältnis zwischen christlichen und sozialistischen Gewerkschaften in

anderen Teilen der Welt, z. B. in Südamerika, wird sich nicht dadurch anders gestalten, dass hohe Funktionäre auf Weltebene „Friede – Freude – Eierkuchen“ predigen.

Es bleibt abzuwarten, wie viele der 144 christlichen Gewerkschaftsverbände sich an der Fusion beteiligen werden.

Es bedarf keiner einheitlichen Weltorganisation, sondern einer kollegialen Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf nationaler Basis. Damit ist politisch mehr zu bewirken, als mit einer erzwungenen Fusion. Aus deutscher Sicht hieße das, dass die DGB-Gewerkschaften aufhören, die christlichen Gewerkschaften in Deutschland bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu bekämpfen, bis hin zu den ständigen Gerichtsverfahren.

In der Tat: Zwischen den Gewerkschaften in Deutschland und weltweit ist Solidarität gefragt. So lange es damit von Seiten der sozialistischen Gewerkschaften fehlt, bleibt die Einheit der Arbeitnehmer ein Traum!

**DHV – Hauptvorstand ■**

## WVA und IBFG aufgelöst – IBG gegründet

*Der Fusionswettbewerb findet nicht nur in der Wirtschaft statt. Nach den großen Gewerkschaftsfusionen in Deutschland bei IG Metall und besonders verdi, hat nun auch die internationale Ebene ein Mammut-Konstrukt. Dass Fusionen nicht zwangsläufig die Qualität der Arbeitnehmerinteressenvertretung und die Leistungsfähigkeit der betroffenen Gewerkschaften verbessern, hat sich bei den DGB-Fusionen mehr als deutlich gezeigt.*

**Eine Mammutorganisation entsteht**  
1500 Delegierte von mehr als 300 Gewerkschaften aus 154 Ländern haben in Wien in der ersten Novemberwoche 2006 den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) gegründet. Mit dem Gründungsakt in Wien schließen sich im Wesentlichen der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) mit rund 155 Millionen Mitgliedern und der christliche Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) mit rund 26 Millionen Mitgliedern zusammen. IBFG und WVA hatten sich am Vorabend aufgelöst, um den Weg für die Gründung IGB freizumachen. Die Gründungsgewerkschaften kommen aus allen

Teilen der Welt, allerdings gehören die Gewerkschaften stark wachsender Volkswirtschaften, wie z. B. China und Japan ebenso wenig zu den Gründern wie die aus den arabischen Staaten.

Der IGB soll theoretisch rund 180 Millionen Mitglieder haben, die für eine sozialere Gestaltung der Globalisierung eintreten wollen. In wieweit ein solches Vorhaben gelingen kann, ist mehr als fraglich. Allein der Abstimmungsprozess in solchen Dimensionen bedeutet jeweils einen Kraftakt mit massiven Reibungsverlusten, von den unterschiedlichen Wertvorstellungen und den wirtschaftlich-politischen Gegebenheiten ganz zu schweigen.

### Keine Beteiligung der christlichen Gewerkschaften

Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands sind an der Gründung des IBG nicht beteiligt. Der DHV gehört zum Weltbund der Angestellten (WBA), der sich weltweit an der Fusion nicht beteiligt; andere, wie z. B. die CGM, sind aus ihrer Internationale längst ausgetreten und gehen den Weg der Fusion nicht mit. Damit fehlen weltweit schätzungsweise ein Drittel oder ein Viertel der christlichen Gewerkschaften beim IBG. Auch die Mitgliedsgewerkschaften der CESI – Confédération Européenne des Syndicats Indépendants – mit ihren 10 Millionen Mitgliedern sind an der Fusion nicht beteiligt.

Nachdem sich der WBA für andere Gewerkschaften, die keine Angestellten organisieren, öffnen will und dadurch eine neue christliche Internationale entsteht, bleibt abzuwarten, was vom sozialistischen Traum einer Weltgewerkschaft bleibt.

**Jörg Hebsacker ■**

## Manfred Raible

Nach 37-jähriger Zugehörigkeit zum DHV-Hauptvorstand wurde auf dem Verbandstag in Saarlouis der stellvertretende Verbandsvorsitzende Manfred Raible aus dem Hauptvorstand verabschiedet. Er trat am 1.9.1955 als junger Industriekaufmann in den DHV ein und engagierte sich zunächst in der DHV-



*Eine der letzten Pflichten des scheidenden stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Manfred Raible war die Tagungsleitung des 18. ordentlichen Verbandstages. Er meisterte diese Aufgabe wie immer in seiner professionellen und humorvollen Art.*

Jugendgruppe Ebingen. 1959 wurde er als Geschäftsführer der DHV-Bezirks-geschäftsstelle Reutlingen eingestellt. Zugleich war er Gaujugendführer der Kaufmannsjugend in Schwaben, ein Amt, das er 1965 an Jörg Hebsacker abgab.

Als Gauvorsteher fusionierte er 1971 die Gaue Schwaben und Baden zum heutigen Landesverband Baden-Württemberg, dessen Landesvorsitzender er bis 2001 war. Bis heute nimmt er wesentliche Aufgaben der DHV-Landes-geschäftsstelle in Stuttgart wahr.

1969 wurde er in den DHV-Hauptvorstand gewählt, von 1978 bis 2006 bekleidete er das Amt des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden.

Er arbeitete viele Jahre in der Selbstverwaltung der DAK mit und er gehörte für den DHV zu den Gründern der GGVöD (Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes), der heutigen DBB-Tarifunion, für die er viele Jahre an den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes beteiligt war. Manfred Raible hat DHV-Geschichte geschrieben.

Seine Verabschiedung auf dem Verbandstag ist jedoch noch kein Abschied aus dem DHV: er hat noch Vorstandsmandate im DHV-Bildungswerk und in den Kaufmännischen Berufsbildungsstätten des DHV. Sein Rat und seine Erfahrung bleiben dem DHV erhalten.

**DHV – Hauptvorstand ■**

## 50 Jahre im DHV Gerda Piepho

Am 01.07.1956 trat Gerda Piepho dem DHV bei. Am Anfang engagierte Frau Piepho sich beim Bund der Kaufmannsjugend. Sie organisierte von 1976 bis 2005 erfolgreich den Berufswettkampf in Hannover. Das Amt der Ortsgruppenvorsitzenden bekleidete sie seit 1977, seit 1997 vertritt sie den Landesverband Niedersachsen-Bremen im Aufsichtsrat des DHV; seit 2001 ist sie auch im geschäftsführenden Aufsichtsrat.

Im Rahmen ihres ehrenamtlichen Engagements im DHV war Frau Piepho auch Mitglied der BfA-Selbstverwaltung (heute Deutsche Rentenversicherung Bund), deren



*Im Rahmen einer Landesvorstandssitzung überreicht die Landesvorsitzende Ute Beese zum Jubiläum den Ehrenbrief.*

Vertreterversammlung sie von 1974 bis 1999 angehörte. Durch dieses Engagement erhielt sie vom VDR im Jahr 1999 die Verdienstmedaille der Deutschen Rentenversicherung. Ein Jahr zuvor wurde ihr das Bundesverdienstkreuz verliehen. Als Folge

ihres sozialpolitischen Engagements gehörte Gerda Piepho 1971 zu den Gründungsmitgliedern der GVR-Gemeinschaft von Versicherten und Rentnern der Angestelltenversicherung, deren Vorsitzende sie bis heute ist.

Gerda Piepho war von 1975 bis 1980 ehrenamtliche Richterin am Arbeitsgericht Hannover und anschließend bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben im Jahr 2003 Richterin beim Landesarbeitsgericht Niedersachsen.

Ihre berufliche Heimat war die BEB Erdgas und Erdöl GmbH in Hannover. Dort war sie viele Jahre im Betriebsrat und dessen stellvertretende Vorsitzende.

Wir gratulieren unserer Kollegin Gerda Piepho zu ihrem DHV-Jubiläum sehr herzlich und wünschen Ihr weiterhin alles Gute.

**DHV – Hauptvorstand ■**

## Gesundheits-symposium 2007

Der DHV-Landesverband Mitteldeutschland veranstaltet seit Jahren einmal jährlich in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wendgräben bei Magdeburg ein Gesundheitssymposium. Namhafte Experten aus dem Gesundheitswesen und der Politik diskutieren dort die aktuellen Themen des deutschen Gesundheitswesens.

Das nächste Symposium findet von Freitag, 4. auf Samstag, 5. Mai 2007 statt.

Interessenten sollten sich den Termin heute schon notieren; die DHV-Hauptgeschäftsstelle nimmt auch Vormerkungen entgegen. ■

**Redaktionsschluss  
dieser Ausgabe  
war der  
15. November 2006**

## Reform der Mitbestimmung: DHV-Beitrag im ifo-Schnelldienst

Die Akzeptanz des DHV in der Wirtschaft ist in den letzten Jahren gestiegen. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt die spektakulären Wahlerfolge des DHV bei vielen Aufsichtsratswahlen. Eine Pressemitteilung vom 30. August zu 30 Jahren Mitbestimmung schien der Anlass für das ifo-Institut gewesen zu sein, an den DHV-Hauptgeschäftsführer Henning Röders heranzutreten mit der Bitte, einen Aufsatz für den ifo Schnelldienst zum Thema „30 Jahre Unternehmensmitbestimmung – ein Erfolgsmodell?“ zu schreiben.

**R**öders kam dieser Bitte nach und verfasste einen Aufsatz, in dem er sich gegen die Abschaffung der paritätischen Mitbestimmung ausspricht. Diese sei ein Erfolgsmodell, weil sie dazu beiträgt, durch die Einbindung der Arbeitnehmer in einem frühen Entscheidungsstadium Konfliktpotentiale zu reduzieren. Die paritätische Mitbestimmung trägt deshalb entscheidend zu unserem stabilen Wirtschaftssystem bei.

Reformbedarf sieht Röders vor allem beim Wahlmännerverfahren. Er plädiert für die Abschaffung dieses undemokra-

tischen, dem Rätemodell angelehnten Wahlverfahren, das die DGB-Gewerkschaften in einem hohen Maße bevorzugt. Es ist nicht einzusehen, dass die Arbeitnehmer in Unternehmen mit mehr als 8.000 Beschäftigten den Bundestag unmittelbar wählen, ihre Vertreter im Aufsichtsrat ihres Unternehmens aber nur über Wahlmänner bestimmen dürfen. Das unmittelbare Wahlrecht ist überdies billiger, weil weniger kompliziert.

Neben Röders sind Aufsätze des BDI-Präsidenten Jürgen Thumann und des Leiters der Abteilung Arbeitsrecht der BDA, Roland Wolf, zum gleichen Thema veröffentlicht.

**D**ass Röders als einziger Gewerkschaftsvertreter einen Aufsatz zum Thema Mitbestimmung in einer Zeitschrift dieses renommierten Wirtschaftsinstituts verfasst hat, dürfte den DGB-Gewerkschaften nicht geschmeckt haben. Eine solche Nichtbeachtung der DGB-Gewerkschaften dürfte vor ein paar Jahren unvorstellbar gewesen sein.

**DHV – Hauptvorstand ■**

## Altersvorsorge und Versicherungssteuer

Eine wichtige politische Aufgabe sei es, neben der gesetzlichen Rentenversicherung die Altersvorsorge durch eine betriebliche sowie eine persönliche Komponente zu stärken, sagt die Bundesregierung. Durch die Erhöhung der Versicherungssteuer ab 1.1.2007 um 3 % wirkt sie ihrem eigenen Ziel entgegen. Diese Erhöhung trifft auch die Versicherungsprämien für Lebens- oder Rentenversicherungen. Damit verteuert sie die Altersvorsorge der Bürger, die sie eigentlich verstärkt sehen will. Mit dieser Erhöhung bereichert sich der Bund wieder einmal an den Bürgern, nachdem er durch Untätigkeit die gesetzliche Rentenversicherung an den Rand des Ruins gebracht hat.

Zusätzlich kündigt die Bundesregierung an, die Steuer- und Beitragsbefreiung für betriebliche Direktversicherungen zu streichen. Auch dies widerspricht dem politischen Ziel der Bundesregierung. Wie soll man aus dieser Politik noch schlau werden? Der Bürger sieht sich vom Staat eingekreist und abgezockt. Was er auch tut für seine Altersvorsorge: der Bund sahn ab.

Sollte ein Bürger nach Zahlung aller Abgaben an den Staat dem Schicksal längerer Arbeitslosigkeit anheim fallen, was derzeit Hunderttausenden ohne eigenes Verschulden widerfährt, wird seine durch Steuern verringerte Altersvorsorge durch Hartz IV aufgezehrt und er verfällt mit seiner Familie der Altersarmut. Man wendet sich mit Grausen ob dieser „Sozialpolitik“!

**he ■**

### - Anzeige -

An die  
**DHV-Aktionärvereinigung e.V.**  
César-Klein-Ring 40, 22309 Hamburg, Postfach 60 06 29, 22206 Hamburg  
<http://www.dhv-cgb.de/aktionaervereinigung> • eMail: [aktie@dhv-cgb.de](mailto:aktie@dhv-cgb.de)

## AUFNAHMEANTRAG

Ich erkläre hiermit ab \_\_\_\_\_ meinen Beitritt zur

**DHV-Aktionärvereinigung e.V.**

**Den Jahresbeitrag von Euro 6,00:**

überweise ich auf das Postbankkonto 2649 71-206  
Postbank Hamburg (BLZ: 200 100 20)

bitte ich von meinem Konto abzubuchen:

Kto.-Nr.: \_\_\_\_\_ bei: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

Zuname/Vorname: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_ Tel. (priv.): \_\_\_\_\_

tätig in Firma/Dienststelle: \_\_\_\_\_

als: \_\_\_\_\_ Tel. (gesch.): \_\_\_\_\_ Fax: \_\_\_\_\_

Ort/Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**DHV** Deutsche  
Angestellten  
Zeitung

**Herausgeber:**  
DHV/Deutscher Handels- und Industrieangestellten-  
Verband im CGB (Sitz Hamburg)

**Schriftleiter:** Jörg Hebsacker (he)  
**Mitarbeiter:** Klaus Baerbaum (bae) / Klaus Freund (kf) /  
Henning Röders (rö) / Manfred Rüdener (mr) /  
Christa Reißner / Peter Rudolph (ru) /  
Michael Schulz (schu) / Helmut Stein (st) /  
Günther Schechter (sche)

**Textbeiträge:** Hans Hebeisen, Hubert Ringhoff

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
DHV-Dienstleistungs GmbH  
22309 Hamburg / CésarKleinRing 40  
22206 Hamburg / Postfach 60 06 29  
Telefon: (0 40 ) 63 28 020  
Telefax: (0 40 ) 63 28 0218  
eMail: [GmbH@dhv-cgb.de](mailto:GmbH@dhv-cgb.de)  
Internet: [www.dhv-cgb.de](http://www.dhv-cgb.de)

**Satz:** Copy-Druck GmbH, Hamburg

**Druck:** WL-Druck, Seevetal  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

**Bezugspreis:** Jährlich 12 Euro.  
Für DHV-Mitglieder durch den Verbandsbeitrag abgegolten.  
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. Juli 2003.

## BLÄTTER FÜR JUNGE KAUFLEUTE

DHV – Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband im CGB Nr. 6 • November/Dezember 2006

### AZJ-LEITBILD

Im Mittelpunkt der 54. Mitgliederversammlung des AzJ-Arbeitskreis zentraler Jugendverbände, vom 10. bis 12. November 2006 in Bad Eilsen (Weserbergland) stand die Ausarbeitung eines neuen AzJ-Leitbildes.

Mit diesem Leitbild soll die Arbeit für die Mitglieder in den einzelnen Verbänden transparenter bzw. für neue Verbände ein Beitritt attraktiv gemacht werden. Die auf der Tagung erarbeiteten Vorgaben werden nun in den nächsten Monaten in eine griffige Form gebracht und auf der Frühjahrstagung 2007 verabschiedet werden.

Im Rahmen der Tagung fand auch die Mitgliederversammlung des FZJ-

Förderkreis zentraler Jugendverbände statt.

Der Förderkreis wurde von einzelnen Mitgliedern der Mitgliedsverbände des AzJ vor einigen Jahren gegründet, um Mittel außerhalb der Fördertöpfe für zusätzliche Maßnahmen zu gewinnen.

In diesem Jahr standen Wahlen an, bei denen das neue Präsidium gewählt wurde. Für die nächsten zwei Jahre lenken nun Hans-Joachim Jarschewski (Deutscher Jugendbund Kyffhäuser), Wolfgang Thomessen (THW-Jugend) und Günther Schechter (Bund der Kaufmannsjugend im DHV) die Geschicke des FzJ.

sche ■

### Berufswettkampf 2007: Termin vormerken!

Bald ist es wieder so weit: Der Berufswettkampf 2007 findet am

**Samstag, 10. Februar 2007**

statt. Nähere Informationen zu den Wettkampforten erhältst Du bei:

DHV-Bundesjugendführung  
César-Klein-Ring 40  
22309 Hamburg  
Tel.: (040) 632802-19  
Fax: (040) 632802-18

Email: [kaufmannsjugend@dhv-cgb.de](mailto:kaufmannsjugend@dhv-cgb.de)

Willst Du bis zum Termin nicht warten? Dann kannst Du den Wissenstest online unter der Internetadresse [www.berufswettkampf.de](http://www.berufswettkampf.de) durchführen. ■

### NETZCHECKERS TO GO – PODCASTEN IM JUGENDPORTAL

Sendungen aus dem Internet überall anhören, aktuelle Lieblingslieder im Netz austauschen, zusammenstellen und auf den Schulweg mitnehmen? **Netzcheckers.de** macht auch das jetzt möglich: Ab sofort haben alle User im Portal die Möglichkeit, ihre Audiodateien als Podcast auf [www.netzcheckers.de](http://www.netzcheckers.de) zu veröffentlichen und anderen Usern per RSS-Feed zur Verfügung zu stellen, um sie auf einem mobilen Player aufzurufen.

Ob selbst produzierte Soundcollagen, eigene Radiosendungen oder die Lieder der Band aus dem Jugendzentrum – der Kreativität sind beim Podcasten keine Grenzen gesetzt, und das Jugendportal bietet den Jugend-

lichen unbegrenzten, werbefreien Webpace für eigene Pods.

Alle aktuellen Fragen rund um das Thema „Podcast“ hat die Netzcheckers Redaktion detailliert und gut verständlich für ihre jugendliche Zielgruppe aufbereitet. Neben vielen Informationen zum „Podcast-Hype“ zeigt eine praktische Anleitung, wie man selbst Podcasts aufnimmt und sendet. Zusätzlich kann man bei den Netzcheckers über eine Vorlesefunktion auch Artikel als MP3 mitnehmen und vom MP3-Spieler oder Handy aus anhören – und natürlich in der Playlist auch anderen Usern zur Verfügung stellen.

Mehr Informationen direkt auf [www.netzcheckers.de](http://www.netzcheckers.de) ■

### JAV-SEMINAR IN FÜRSTENBERG

Bist Du ein neu gewähltes Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) und möchtest wissen, was Deine Rechte und Pflichten sind?

Dann ist das Seminar „**Aufgaben, Rechte und Pflichten der JAV**“ genau das Richtige für Dich!

Das nächste Seminar findet statt:

**Wann?** Vom 21.–23. Februar 2007

**Wo?** In Fürstenberg (Bei Donaueschingen)

**Ansprechpartner?**

DHV-Bildungswerk,

**Bildungsstätte Südwest**

Tel.: (07621) 93 91 11

Fax: (07621) 93 91 99

eMail: [dhv.loerrach@dhv-cgb.de](mailto:dhv.loerrach@dhv-cgb.de)

Für weitere Informationen über unser Seminarangebot klickt die DHV-Seite [www.dhv-cgb.de](http://www.dhv-cgb.de) an.



Aufstieg  
durch Leistung

Impressum:

**Blätter für junge Kaufleute-  
Stimme der DHV-Jugend**

Herausgeber:

Bund der Kaufmannsjugend im DHV  
Bundesjugendführung  
22309 Hamburg  
[kaufmannsjugend@dhv-cgb.de](mailto:kaufmannsjugend@dhv-cgb.de)

Für den Inhalt  
verantwortlich:  
Henning Röders  
Nico Calo

**DHV**

# Verantwortung in Deutschland heute

Verantwortung zu übernehmen ist auch in der heutigen Zeit wichtig. Man kann sich nicht darauf verlassen, dass der Staat alles richtet. Wer so denkt, gefährdet die Lebensgrundlage unseres Gemeinwesens, das auf das Engagement seiner Bürger angewiesen ist. Verantwortung ist die Grundlage einer funktionierenden Familie, Erfolg im Berufsleben; und sie ist die Grundlage des Staates. Der persönlichen Verantwortung wird zukünftig ein noch höherer Stellenwert beigemessen werden, je mehr der Staat wegen der finanziellen Schieflage seiner Haushalte Leistungen einschränken muss: z. B. die Verantwortung zur eigenverantwortlichen Alters- und Gesundheitsfürsorge.

Vor diesem Hintergrund haben dbv-Winterthur und das FAZ-Institut eine Studie erarbeitet, die Antwort auf die Fragen geben soll, wie die Bürger in Deutschland heute über den Begriff der Verantwortung denken, welchen Stellenwert diese traditionelle Tugend für sie hat und vor allem: Welches Maß an Verantwortung können und wollen die Menschen in Zeiten des Wandels übernehmen? Hier ist eine Auswahl der Ergebnisse:

**Verantwortung übernehmen heißt, für sich und das nächste Lebensumfeld (Angehörige) einzustehen**

Gerade in schwierigen Fällen wie bei Pflegebedürftigkeit ist es für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung selbstverständlich und notwendig, Angehörigen und Freunden beizustehen. 51,7 % der Befragten sehen dies als sehr große, 40,2 % als große Verantwortung an. Allerdings: Jeder sollte sich nach Kräften bemühen, für das eigene Leben einzustehen und den eigenen Lebensunterhalt selbst zu tragen.

**Verantwortung im Privaten, Entsolidarisierung in der Gesellschaft**

Über das nahe Umfeld hinaus stellt gesellschaftliches Engagement für die Deutschen eine weitere Form der Verantwortung dar, etwa durch die Übernah-

me ehrenamtlicher Tätigkeiten, aber auch durch die Ausübung des Grund- oder Zivildienstes. Angesichts der großen Bereitschaft, für das persönliche Lebensumfeld einzustehen, empfinden viele Bürger subjektiv die Entsolidarisierung der Gesellschaft stärker. Gerade Personen, die Schicksalsschläge erlitten haben, wie z. B. Arbeitslose, äußern sich pessimistischer über die Fürsorgebereitschaft der heutigen Gesellschaft.

**Die junge Generation misst dem Verantwortungsbegriff einen hohen Wert bei**

Etwa eine Zweidrittelmehrheit der Deutschen widerspricht der These, Verantwortung sei eine altmodische Tugend, die nur noch einen geringfügigen Bezug zur heutigen Lebenswelt besitze. Vor allem die junge Generation unterstreicht die Aktualität des Begriffs der Verantwortung. Die Jüngeren und Älteren definieren Verantwortung unterschiedlich: Während die mittlere und die ältere Generation hierbei vor allem an Engagements und Ehrenämter in traditionellen Institutionen denkt, zeigen die Jungen eine größere Bereitschaft, mehr Eigenverantwortung jenseits starrer Organisationsstrukturen zu übernehmen.

**Die Enttäuschung der Bürger über die Politik und Wirtschaft sitzt tief**

Nicht einmal jeder zweite Bürger schreibt politisch engagierten Personen ein großes Verantwortungsbewusstsein zu. Sogar etwa jeder Sechste spricht Politikern grundsätzlich die Übernahme jeglicher Verantwortung ab. Ein noch schlechteres Ansehen in der Bevölkerung genießen Manager und Unternehmen. Dazu tragen der anhaltende Arbeitsplatzabbau und öffentlich kritisierte Managementfehler bei.

**Beruf und Gesellschaft spielen für die Menschen nur Nebenrollen**

So sehr die Bürger das angeblich geringe Verantwortungsbewusstsein in der Gesellschaft kritisieren, so gering ist auch das eigene Engagement für die Gemein-

schaft ausgeprägt, etwa für die eigene Kommune, für den Beruf sowie für Vereine und Organisationen. In der Werteskala genießt insbesondere der Beruf eine geringe Bedeutung. Das bedeutet, dass sich viele Arbeitnehmer dagegen sträuben, ein hohes Maß an Verantwortung am Arbeitsplatz zu übernehmen. Nur jeder zwanzigste Befragte begegnet dem eigenen Unternehmen und dessen Kunden mit sehr großer Fürsorge. Das lässt auf einen Mangel an Identifikation eines großen Teils der Berufstätigen mit ihrem Arbeitgeber und auf eine erhebliche Unzufriedenheit mit der beruflichen Situation schließen.

**Finanzielle Sicherheit erleichtert den Bürgern die Übernahme von Verantwortung**

Den Bürgern in Deutschland fällt es umso leichter, für ihre Verwandten und Bekannten Fürsorge zu tragen, je höher das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen ist. Zudem fällt es Besserverdienenden leichter, Unbekannten in Notsituationen zur Seite zu stehen. Die Bürger mit einem niedrigen Haushaltseinkommen tendieren hingegen dazu, weniger Verantwortung übernehmen zu wollen, weil sie sich damit oft überfordert fühlen.

**Die Bürger verabschieden sich innerlich vom Sozialstaat**

Nur jeder zweite Bürger vertraut auf die Unterstützung des Staates und die Solidarität der Gesellschaft, wenn es um einen persönlichen Notfall geht. Die Gründe für die Ernüchterung über soziale Leistungen der öffentlichen Hand sind insbesondere im schrittweisen Rückzug des Staates aus diesem Bereich und der Vereinzelung vieler Menschen in der Gesellschaft zu suchen. Fast neun von zehn Befragten sind davon überzeugt, dass jeder Einzelne in Zukunft mehr Eigenverantwortung übernehmen muss. Ein großer Teil der Bevölkerung kommt der geforderten Eigenverantwortung unter anderem dadurch nach, dass sie durch den Abschluss von Versicherungen verstärkt Risikoversorge treffen.